

1 Einleitung

Das Jahr 2005 markiert eine säkulare Zäsur in der deutschen Geschichte, und obwohl ein Großteil der Bevölkerung direkt von diesem Einschnitt betroffen war, wurde ihm kaum öffentliche Aufmerksamkeit zuteil. Zugegebenermaßen erscheint er auf den ersten Blick reichlich unspektakulär, ja geradezu banal: Damals vereinigten sich die für die Arbeiterschaft zuständigen Landesversicherungsanstalten (LVA) mit der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) zur Deutschen Rentenversicherung. Was diese Fusion zur säkularen Zäsur machte, war die ihr zugrunde liegende Aufhebung der sozialversicherungsrechtlichen Unterscheidung von ‚Arbeitern‘ und ‚Angestellten‘ zugunsten eines einheitlichen Arbeitnehmerbegriffs. Formal betrachtet war diese historische Pfadabkehr mit dem Umbau des Sozialstaats vergleichbar, den SPD und Bündnis 90/Die Grünen seit 2003 vorantrieben. Warum aber erregte die Abschaffung des ‚Arbeiters‘ nicht annähernd so viel Aufsehen¹ wie die Agenda 2010², welche die Bundespolitik auf Jahre hinaus beeinflusste?

Für zeitgenössische Kommentatoren handelte es sich bei der Verwirklichung des einheitlichen Arbeitnehmerstatus, ganz anders als bei der Agenda 2010, um keinen „Überraschungscoup“³. In ihren Augen war jener sozialversicherungsrechtliche Einschnitt vielmehr ein längst überfälliger Schritt⁴. Und tatsächlich hatte die Gesetzgebung in diesem Fall über Jahrzehnte als retardierendes Moment gewirkt. Denn ungeachtet tiefgreifender volkswirtschaftlicher Transformationen blieb für den arbeits- und sozialrechtlichen Kodex mit der Dichotomie von ‚Arbeitern‘ und ‚Angestellten‘ ein Strukturprinzip konstitutiv, dessen Wurzeln in der Arbeitswelt des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts lagen⁵.

1 Vgl. Hartmut Meine, „Arbeiter und Angestellte“: Vom Ende und Beharrungsvermögen alter Scheidelinien, in: WSI-Mitteilungen 58–2 (2005), S. 76–81. Vgl. als Beispiel der journalistischen Berichterstattung: Antonia Beckermann, Das Ende einer deutschen Ära, in: Welt am Sonntag, 25.9.2005, <<https://www.welt.de/print-wams/article132688/Das-Ende-einer-deutschen-Aera.html>> (15.05.2023).

2 So diskutierte Ulrich Herbert die Agenda 2010 gar als einen der möglichen Endpunkte des 20. Jahrhunderts. Vgl. Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 1245–1247.

3 Vgl. Sebastian Nawrat, Agenda 2010 – ein Überraschungscoup? Kontinuität und Wandel in den wirtschafts- und sozialpolitischen Programmdebatten der SPD seit 1982, Bonn 2012.

4 O.V., Ende der historischen Trennung, in: manager magazin, 12.4.2004, <<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/a-294968.html>> (15.05.2023).

5 Vgl. zur Entwicklung des Angestelltenrechts Wolfgang Hromadka, Von den Protoangestellten zur Angestelltengesellschaft, in: VSWG 102–1 (2015), S. 5–29, hier S. 6 f., 11, 13, 16, 20. Vgl. zudem Jürgen Kocka, Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850–1980. Vom Privatbeamten zum ange-

Ein Blick in den Brockhaus mag dies verdeutlichen. Konnte die Enzyklopädie 1901 noch prägnant je ein Unterscheidungsmerkmal benennen – überwiegend körperlich geprägte Lohnarbeit bei den Arbeitern, Vertretungsrecht des „Geschäftsherrn“ seitens der Angestellten – hatten beide Kriterien bereits in der Weimarer Republik an Trennschärfe eingebüßt⁶. Unter den Arbeiterbegriff im allgemeinen Sinne fasste das Lexikon 1928 nun auch explizit die „Kopfarbeiter“, wodurch jener semantisch auf den Angestelltenbereich ausgriff⁷. Andererseits zeichnete sich, seitdem nicht mehr allen Angestellten ein geschäftliches Vertretungsrecht zugestanden wurde, auch innerhalb der Angestelltenschaft eine Binnendifferenzierung ab, die der Brockhaus zuvor allein bei den Arbeitern, und zwar in aller Deutlichkeit, hervorgehoben hatte. Beinahe resignierend stellten die Autoren der ersten Nachkriegsausgabe 1952 mit Blick auf die Angestellten fest: „Eine genaue Begriffsbestimmung ist kaum zu geben [...]. Die Stufenleiter der *Angestelltenberufe* reicht vom Bürodienler bis zum Generaldirektor [...].“⁸ Auch wenn in den Folgeausgaben das Bemühen erkennbar wird, Differenzierungsmerkmale anzuführen, schien die grundsätzliche Entwicklung doch auf eine Überwindung der Unterscheidung hinauszulaufen. Denn die noch vorhandenen Differenzen ließen sich kaum noch aus der Art der Tätigkeit ableiten. Stattdessen wurde einerseits die Faktizität des Normativen herangezogen, das heißt die durch die gesetzlichen und tarifvertraglichen Regelungen bedingten Diskriminierungen, andererseits die Normativität des Faktischen. So existierte mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) eine Standesorganisation, die eine Weiterführung der Dichotomie von ‚Arbeitern‘ und ‚Angestellten‘ im Arbeits- und Sozialrecht schon aufgrund der bloßen Tatsache ihrer geschichtlichen Existenz als hinreichend legitimiert ansah⁹.

stellten Arbeitnehmer, Göttingen 1981 sowie Günther Schulz, *Die Angestellten seit dem 19. Jahrhundert*, München 2000.

⁶ Vgl. o. V., Angestellter, in: Brockhaus' Konversations-Lexikon, 1. Band, 14. vollst. neubearb. Aufl., Leipzig/Berlin/Wien 1901, S. 624, o. V., Arbeiter, in: *ibid.*, S. 813–815, hier S. 813, o. V., Angestellter, in: Der Große Brockhaus, 1. Band, 15. völlig neubearb. Aufl., Leipzig 1928, S. 464 sowie o. V., Arbeiter, in: *ibid.*, S. 600.

⁷ *Ibid.* Der Artikel von 1901 operierte noch mit einem unspezifischen allgemeinen Arbeiterbegriff, worunter „ein jeder, welcher an der wirtschaftlichen Produktion, an der Wertschaffung thätig [sic!] teilnimmt“, gefasst wurde. O.V., Arbeiter (Brockhaus 1901), S. 813.

⁸ O. V., Angestellte, in: Der Grosse Brockhaus, 1. Band, 16. völlig neubearb. Aufl., Wiesbaden 1952, S. 280–281 (H. i. O.).

⁹ Die Ausgabe von 1952 definierte etwa: „Im Unterschied zu den Angestellten mit monatlicher Gehaltszahlung heißen A.[rbeiter] vor allem die körperlich Arbeitenden mit wöchentlicher oder tägl. Entlohnung.“ Vgl. o. V., Arbeiter, in: Brockhaus 1952, S. 364–365, hier S. 364. Auf die konservierende Wirkung der Angestelltengewerkschaft verwiesen erst die späteren Ausgaben. Vgl. o. V., Angestellte, in: Brockhaus Enzyklopädie, 1. Band, 19. völlig neu bearb. Aufl., Mannheim 1986, S. 575.

Spätestens mit dem Aufgehen der DAG in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und damit einhergehend dem Beitritt in den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) 2001 war jedoch auch dieser Stützpfeiler der Dichotomie weggefallen¹⁰.

Das Jahr 2005 könnte vor diesem Hintergrund als Happy End einer modernisierungstheoretisch grundierten Geschichte fungieren, in welcher der „Überbau“ mit der „Basis“ (Karl Marx) respektive die „Sprache“ mit der „Welt“ (Reinhart Koselleck) in letzter Instanz in Einklang gekommen ist. Nun endete die Geschichte bekanntlich nicht mit diesem Jahr¹¹, und der weitere Lauf der Dinge rückte verstärkt die Kosten jener Zäsur in den Vordergrund. Denn was erreicht worden war, erwies sich nicht als eine rechtlich egalitäre ‚Arbeitnehmergesellschaft‘, in welcher der Arbeitnehmerstatus identitätsstiftende Wirkung für die Millionen Beschäftigte zu entfalten und folglich eine entscheidende lebensweltliche und politische Relevanz zu erlangen vermochte. Immerhin profitierten vor allem die ehemaligen Arbeiterinnen und Arbeiter von der Einführung des einheitlichen Arbeitnehmerstatus, in welchen weitgehend das bessere Recht der ‚Angestellten‘ eingeflossen war¹². Gleichsam als Nebeneffekt blieben jedoch gesellschaftspolitisch relevante Leerstellen und Diskursverschiebungen zurück, da, so die Prämisse der vorliegenden Arbeit, die Kategorie ‚Arbeiter‘ nicht gänzlich in der Kategorie ‚Arbeitnehmer‘ aufgehoben wurde, sondern wichtige Dimensionen außen vor blieben.

1.1 Fragestellung

Wenn diese Vorannahme zutrifft, so liegt die Vermutung nahe, dass das Verschwinden – oder zumindest die Marginalisierung – des ‚Arbeiters‘ zu einigen Problemen beigetragen hat, mit denen wir seither konfrontiert sind. Je nachdem, wie schwer die aufgetretenen Probleme wiegen, erhebt ihn gerade die Marginalisierung zu einer „Schlüsselfigur“¹³ der deutschen Zeitgeschichte. Um dieses Potential analytisch auszuschöpfen, muss jedoch die Vorstellung aufgegeben werden, bei der Marginalisierung des ‚Arbeiters‘ handele es sich gleichsam um eine geschicht-

¹⁰ Dem Beitritt war ein Mitte der 1980er Jahre einsetzender Annäherungsprozess vorausgegangen, vgl. Hans-Peter Müller, *Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft im Wettbewerb mit dem DGB. Geschichte der DAG 1947–2001*, Baden-Baden 2011, Kap. 21.

¹¹ Interessanterweise läutete das Jahr 2005 aber auch das Ende der Brockhaus-Enzyklopädie ein. Auch sie war eine Instanz der Moderne mit zweihundertjähriger Geschichte.

¹² Vgl. Hromadka, *Protoangestellte*, S. 5.

¹³ Vgl. Jörg Arnold, *Vom Verlierer zum Gewinner – und zurück. Der Coal Miner als Schlüsselfigur der britischen Zeitgeschichte*, in: GG 42–2 (2016), S. 266–297, hier S. 269.

liche Notwendigkeit. Ein solches deterministisches Denken prägte als marxistische wie als modernisierungstheoretische Denkfigur des „Fortschritts“¹⁴ den Erwartungshorizont der Zeitgenossen noch bis an die Schwelle zum 21. Jahrhundert. Dagegen muss die grundsätzliche Offenheit und Gestaltbarkeit geschichtlicher Entwicklungen hervorgehoben werden. Es gilt mithin, der Zäsur von 2005 den Anschein der Selbstverständlichkeit zu nehmen und stattdessen ihre Genese zu rekonstruieren. Dabei müssen gerade auch retardierende Momente und nicht realisierte Alternativen in den Blick genommen werden. Dies wiederum macht es erforderlich, auch den Gegenstand selbst zu öffnen. Die Vorstellung, es existiere ein ‚Arbeiter‘ im eigentlichen Sinne, muss aufgegeben werden, gleich, ob man den idealen ‚Arbeiter‘ nun historisch im Proletariat des 19. Jahrhunderts oder funktional in der Industriearbeiterschaft schlechthin verortet¹⁵. Vielmehr soll ‚Arbeiter‘ in der vorliegenden Studie als ein kollektiver Wissensbestand gefasst werden, welcher

- primär auf der Vorstellung eines spezifischen, von anderen unterscheidbaren Akteurs basiert,
- sekundär zumeist auf die Gesellschaft bezogen ist;
- prinzipiell für alle politischen Richtungen anschlussfähig, dadurch aber
- potentiell umstritten ist und deshalb der Aushandlung durch Akteure bedarf, die im Zuge dessen das jeweilige Selbstverständnis der Gesellschaft mitprägen;
- dadurch im Laufe der Zeit ein Arsenal an kontextspezifischen, teils auch widersprüchlichen Identitäts-, Deutungs- und Handlungsoptionen akkumulierte und somit erfahrungsgesättigt ist;
- mit bestimmten Gruppen identifiziert oder von bestimmten Gruppen als Selbstbeschreibung reklamiert werden kann, um Handlungsalternativen in spezifischer Weise zu strukturieren;
- als epistemische „Ressource“¹⁶ die Erschließung neuen Wissens ermöglicht, unter anderem, indem er auf verschiedenen Feldern (etwa Wirtschaft, Politik, Kultur, Wissenschaft) mit je unterschiedlichen Erfolgsaussichten appliziert und mit den dort verfügbaren Wissensbeständen verknüpft werden kann;
- dadurch kontinuierlich modifiziert, aber auch ganz oder teilweise vergessen werden kann.

¹⁴ Vgl. Pascal Maeder/Barbara Lüthi/Thomas Mergel, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Wozu noch Sozialgeschichte? Eine Disziplin im Umbruch, Göttingen 2012, S. 7–24, hier S. 12. Zur Forderung, sich vom „deterministischen Erbe der *Mainstream*-Soziologie zu befreien“: Peter Wagner, Moderne als Erfahrung und Interpretation. Eine neue Soziologie zur Moderne, Konstanz 2009, S. 362 (H. i. O.).

¹⁵ Vgl. die Eingangszitate von Adorno, Negt/Kluge und Jünger.

¹⁶ Vgl. Mitchell G. Ash, Reflexionen zum Ressourcenansatz, in: Sören Flachowsky/Rüdiger Hachtmann/Florian Schmaltz (Hrsg.), Ressourcenmobilisierung. Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem, Göttingen 2016, S. 535–553, hier S. 544 ff.

Es stellt sich daher die Frage: Wie ist der Bedeutungsverlust des kollektiven Wissensbestands ‚Arbeiter‘ zu erklären? Um nicht selbst der Versuchung der deterministischen Deutungsangebote zu erliegen, soll die Frage am Beispiel unterschiedlicher gesellschaftlicher Felder beantwortet werden, um feldspezifische Eigenlogiken und Eigenzeitlichkeiten zu erfassen, und zwar nicht, um sie als Abweichungen zu behandeln, sondern als Ausdruck historischer Alternativen. Schließlich war auch der Aufstieg der Kategorie ‚Arbeiter‘ seit Mitte des 19. Jahrhunderts keineswegs geschichtsdeterminiert oder konfliktfrei verlaufen. Während die frühe Sozialdemokratie einen dezidiert auf die Demokratie hin ausgerichteten Arbeiterbegriff in den politischen Diskurs einbrachte, versuchten zeitgleich konservative Politiker und Unternehmer, ‚Arbeiter‘ als deutschen, fleißigen, um seinen standesgemäßen Platz wissenden Untertan gegen das als unzuverlässig, internationalistisch und marxistisch gebrandmarkte Proletariat abzugrenzen¹⁷. Auch die Dekonstruktion der Kategorie ‚Arbeiter‘, so ist zu vermuten, wurde von unterschiedlichen Akteuren betrieben.

Eine zweite Sicherung gegen die deterministische Versuchung liegt darin, die Leitfrage in positiver Weise zu operationalisieren: Welche Akteure hielten unter welchen Umständen und aus welchen Gründen am ‚Arbeiter‘ fest? Welche Aspekte stellten sie dabei heraus? Und mit welchen Kosten und mit welchem Nutzen ging dies einher? Erst als letztes ist zu fragen: Warum und unter welchen Umständen gaben sie den ‚Arbeiter‘ auf? Die Antwort darauf verspricht einen Beitrag zur Problemgeschichte der Gegenwart zu liefern.

1.2 Zur Relevanz der Fragestellung

Doch zu welcher Problemkonstellation trug die Marginalisierung des ‚Arbeiters‘ überhaupt bei? Hinsichtlich der Stabilität der Demokratie bedenklich ist die Transformation, die das deutsche Parteiensystem seit 2005 durchlaufen hat. Ihren Ausgangspunkt nahm sie zwar in massiven Mitglieder- und Stimmverlusten der SPD, doch die parlamentarische Etablierung einer zum Rechtsextremismus hin offenen Protestpartei seit 2014 bildet ihr eigentliches Charakteristikum. Wie in

¹⁷ Vgl. Thomas Welskopp, Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000, S. 60–91, 575–578 sowie Werner Conze, Arbeiter, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Band 1, Stuttgart 1972, S. 216–242, hier S. 226 f., 236–239.

anderen westlichen Staaten zuvor schicken sich die Rechtspopulisten nun auch hierzulande an, zur neuen Arbeiterpartei zu werden¹⁸.

Aber trifft diese Schlussfolgerung überhaupt zu? Schließlich trat die AfD bisher nicht mit einem sonderlich sozialen Programm hervor, sondern betrieb „Identitätspolitik im streng nationalen Sinne“¹⁹. Sind es also noch ‚Arbeiter‘, die ihr Kreuz bei der AfD setzen, oder eher „Biodeutsche“ mit einem Arbeiterhintergrund? Immerhin ist die „Entstehung neuer kollektiver Identitäten, die die Form der Partizipation an Debatten und Entscheidungen verändern“, ein völlig normaler Vorgang²⁰. Und noch ein anderer Aspekt ist zu beachten: Dass ausgerechnet Arbeiter unter den AfD-Wählern hervorgehoben werden, kann als ein spezifisch bundesrepublikanischer Krisendiskurs gewertet werden, gleichsam als eine historische Wiederkehr der Ausgrenzung bestimmter Arbeitergruppen als „Lumpenproletariat“²¹. So nämlich kann die wahrgenommene Demokratiegefährdung, und mit ihr der ‚Arbeiter‘, anachronisiert, exotisiert und externalisiert werden²², während positiv besetzte Rubra wie Bürger oder ‚Arbeitnehmer‘ als die langjährige „Leitfigur“ der bundesrepublikanischen Gesellschaft²³ geschützt werden. ‚Arbeiter‘ waren dagegen zu keinem Zeitpunkt ein exklusiver Bestandteil der bundesrepublikanischen Ordnung, vielmehr hatten beide deutsche Diktaturen propagiert, die Inter-

18 Vgl. Stéphane Beaud/Michel Pialoux, *Die verlorene Zukunft der Arbeiter. Die Peugeot-Werke von Sochaux-Montbéliard*, Konstanz 2004 [frz. Orig. 1989], Kap. IX, Didier Eribon, *Rückkehr nach Reims*, Bonn 2016 [frz. Orig. 2009], Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt a.M. 2015 [ital. Orig. 2003], S. 40, 150 ff. sowie Franz Walter, *Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie*, Berlin 2010, S. 66 f. Zur AfD vgl. etwa o. V., *Senioren wählen FDP, Arbeiter die AfD*, in: *Faz.net*, 19.7.2017, <<http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/waehlerforschung-senioren-waehlen-fdp-arbeiter-die-afd-15112924.html>> (23.05.2023).

19 Jana Hensel, *Und wenn die AfD Recht hat?*, in: *Zeit Online*, 26.4.2017, <<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-04/rechtspopulismus-afd-pegida-neoliberalismus-d17/>> (23.05.2023).

20 Crouch, *Postdemokratie*, S. 20.

21 Vgl. Peter Bescherer, *Vom Lumpenproletariat zur Unterschicht. Produktivistische Theorie und politische Praxis*, Frankfurt a.M./New York 2013.

22 Vgl. Micha Brumlik, *Vom Proletariat zum Pöbel: Das neue reaktionäre Subjekt*, in: *Blätter* 62–1 (2017), S. 56–62 sowie Ulrich Weigel, *Das Proletariat: Vom revolutionären Popanz zum reaktionären Pöbel?*, in: *Blätter* 62–5 (2017), S. 35–38.

23 Heinz Bude, *Was kommt nach der Arbeitsgesellschaft?*, in: Ulrich Beck (Hrsg.), *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*, Frankfurt a.M. 2000, S. 121–134, hier S. 123. Vgl. zudem Nils Minkmar, *Das ist Bürgerbeleidigung*, in: *Spiegel Online*, 3.9.2019, <<https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/afd-kennt-sich-buergerlich-das-ist-buergerbeleidigung-debattenbeitrag-a-1285112.html>> (23.05.2023).

essen der Arbeiterschaft zu vertreten²⁴. Es zeichnet sich hier ein Problemkonglomerat ab, wie im Folgenden gezeigt werden soll: Die rechtspopulistische Transformation der kollektiven Identität ‚Arbeiter‘ ist kaum vom politischen Repräsentationsdefizit zu trennen, das wiederum mit einer defizitären gesellschaftlichen Integration einhergeht und letztlich zu einem Defizit der Gesellschaftskritik führt.

Freilich hängt die Argumentation von der Prämisse ab, dass ‚Arbeiter‘ noch immer eine relevante, das heißt kollektiv identitätsbildende Wirkung entfalten kann. Hierfür nötig wäre zunächst das Vorhandensein einer gruppenspezifisch erfahrbaren Differenz gegenüber anderen, die narrativ überhöht wird, indem interne Widersprüche minimiert, externe aber maximiert werden. Weiterhin muss eine Identität von anderen als solche anerkannt werden, um sich auf Dauer zu stabilisieren und um Wirkung zu entfalten. Optional können kollektive Identitäten schließlich durch die Ausbildung eigener Institutionen gestützt werden. Auch wenn eine kollektive Identität keinen exklusiven Zugriff auf Individuen hat, sollte sie für diese zumindest bereichsspezifische Relevanz aufweisen und situativ handlungsleitend wirken²⁵. Was den Institutionalisierungsgrad betrifft, erlebte die kollektive Identität ‚Arbeiter‘ zweifellos einen starken Substanzverlust. Auch die Anerkennung durch andere hat abgenommen. Seit 2005 erfasst das Statistische Bundesamt nicht mehr den genauen Anteil von ‚Arbeitern‘ und ‚Angestellten‘ an der Erwerbsbevölkerung, die Gewerkschaften weisen seit 2007 ihre Mitgliederstruktur nicht mehr anhand der beiden Indikatoren aus²⁶. Doch nach wie vor kann die Kategorie ‚Arbeiter‘ zur soziologischen Beschreibung der deutschen Gesellschaft herangezogen werden²⁷. Und auch das Statistische Bundesamt berechnet im Mikrozensus weiterhin ihre Zahl. Laut Hochrechnung lebten 2021 noch knapp fünf Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter in der Bundesrepublik²⁸. Bemerkenswert

24 Vgl. statt vieler: Michael Schneider, Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999 sowie Christoph Kleßmann, Arbeiter im ‚Arbeiterstaat‘ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945–1971), Bonn 2007.

25 Vgl. Heinz Abels, Identität, in: Günter Endruweit/Gisela Trommsdorff/Nicole Burzan (Hrsg.), Wörterbuch der Soziologie, Konstanz/München 32014, S. 172–175.

26 Vgl. Jürgen Schmidt, Arbeiter in der Moderne. Arbeitsbedingungen, Lebenswelten, Organisationen, Frankfurt a. M./New York 2015, S. 27, 200. Statistiken bilden gesellschaftliche Realitäten nicht bloß ab, sondern gestalten diese durch die Auswahl der herangezogenen Indikatoren mit. Vgl. Kerstin Brückweh, Menschen zählen. Wissensproduktion durch britische Volkszählungen und Umfragen vom 19. Jahrhundert bis ins digitale Zeitalter, Berlin/Boston 2015. Vgl. zudem Luc Boltanski/Ève Chiapello, Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz 2013 [frz. Orig. 1999], S. 338–361.

27 Vgl. Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, 7., grundlegend überarb. Aufl., Wiesbaden 2014, Kap. 5 und 9.

28 Vgl. Statistisches Bundesamt, Mikrozensus – Arbeitsmarkt 2021 (Endgültiges Ergebnis), Blatt 12211–04, <<https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Publikatio>

hierbei ist, dass diesen Daten eine Selbstzuschreibung seitens der Befragten zugrunde liegt.

Auch das erste Kriterium, die erlebbare Differenz, scheint daher noch erfüllt zu sein. Zwar schaffte die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes 2001 „das Gruppenprinzip bei der Wahl des Betriebsrates“ ab, weil „der Gruppenstatus von Angestellten und Arbeitern in der betrieblichen Realität keine wesentliche Rolle mehr spielt“²⁹. Doch auch 15 Jahre später stellte Thomas Haipeter noch fest: „Wenn man heute einen Industriebetrieb besucht, wissen sowohl die Personaler als auch die Betriebsräte genau, wer in ihrem Betrieb die Angestellten und wer die Arbeiter [...] sind“³⁰. Auch lassen sich Belege anführen, dass die Arbeiteridentität nicht nur im Kontext der konkreten Arbeitssituation, sondern auch politisch relevant ist. Lea Elsässer und Armin Schäfer kamen nach einer Auswertung von Umfragedaten zum Schluss,

first, that occupational groups tend to hold different opinions on questions of substantial political importance, and, second, differences between social classes are larger than those between women and men, East and West Germans, and between educational groups.³¹

Dass der Nichtwähleranteil seit den frühen 1980er Jahren vor allem in der Arbeiterschaft zugenommen hat³², deutet auf ein Repräsentationsdefizit dieser Bevölkerungsgruppe hin, zumal auch der Anteil jener Parlamentsmitglieder, die vor ihrer politischen Karriere einer Arbeitertätigkeit nachgegangen sind, stetig sinkt³³. Von einem demokratietheoretischen Standpunkt aus stellt sich mittlerweile gar die Frage nach einer Arbeiterquote³⁴. Diese Entwicklungen korrespondieren mit dem Befund Paul Noltes, dass soziale Ungleichheit „seit den siebziger Jahren im öffent-

nen/Downloads-Erwerbstätigkeit/statistischer-bericht-mikrozensus-arbeitsmarkt-2010410217005.xlsx?__blob=publicationFile> (25.05.2023).

²⁹ Werner Milert/Rudolf Tschirbs, *Die andere Demokratie. Betriebliche Interessenvertretung in Deutschland, 1848 bis 2008*, Essen 2012, S. 637.

³⁰ Thomas Haipeter, *Einleitung: Industrieangestellte Revisited*, in: ders. (Hrsg.), *Angestellte Revisited. Arbeit, Interessen und Herausforderungen für Interessenvertretungen*, Wiesbaden 2016, S. 1–33, hier S. 2. Vgl. zudem Sonja Weber-Menges, *„Arbeiterklasse“ oder Arbeitnehmer? Vergleichende empirische Untersuchungen zu Soziallage, Lebenschancen und Lebensstilen von Arbeitern und Angestellten in Industriebetrieben*, Wiesbaden 2004.

³¹ Lea Elsässer/Armin Schäfer, *Group Representation for the Working Class? Opinion Differences among Occupational Groups in Germany*. MPIfG Discussion Paper 16/3 (2016), S. 2, <https://pure.mpg.de/rest/items/item_2255579/component/file_2255577/content> (25.05.2023).

³² Vgl. Armin Schäfer, *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*, Frankfurt a. M./New York 2015, Kap. 6.

³³ Vgl. Elsässer/Schäfer, *Group Representation*, S. 1.

³⁴ Vgl. Jane Mansbridge, *Should Workers Represent Workers?*, in: *SPSR* 21–2 (2015), S. 261–270.

lichen Diskurs und zumal in der politischen Sprache verdrängt und ‚vergleichgültig‘ worden“ ist³⁵. Anders ausgedrückt: Für die vorhandene Nachfrage findet sich kaum noch ein passendes politisches Angebot.

Das Repräsentationsdefizit bleibt jedoch nicht auf das politische Feld beschränkt, sondern trägt zur defizitären gesellschaftlichen Integration bei. Dies lässt sich an der Verschiebung von Leitbegriffen ablesen, welche den Diskurs über Inklusion und Exklusion strukturieren. Als originäres Produkt der Industriemoderne war die Begriffstrias aus ‚Arbeiter‘, ‚Angestellte‘ und ‚Arbeitnehmer‘ auf das Normalarbeitsverhältnis hin ausgerichtet, also auf eine über das gesamte Erwerbsleben hinweg den Lebensunterhalt absichernde Arbeitstätigkeit. Die Trias vermochte dabei eine stetig statussteigernde Wirkung zu entfalten: Das Spannungsverhältnis von ‚Arbeiter‘ und ‚Angestellte‘, umklammert vom Überbegriff ‚Arbeitnehmer‘, trieb einen beidseitigen, wenn auch zeitversetzt vollzogenen Aufstieg zum besseren Recht hin an³⁶. 2006, nur ein Jahr nach der sozialversicherungsrechtlichen Aufhebung des Arbeiter- und Angestelltenbegriffs, popularisierte eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung dagegen einen aus der französischen Soziologie übernommenen Begriff: Prekariat³⁷. In der Bundesrepublik gehörten demnach rund acht Prozent der Bevölkerung zum „abgehängte[n] Prekariat“³⁸. Dies entsprach der Deutung Robert Castels, der die Gesellschaft in drei „Zonen“ sozialer Kohäsion unterteilt hatte: in die Zonen der „Integration“, der „sozialen Verwundbarkeit“ und der „Entkoppelung“. Für Castel hatte jedoch schon die bloße Existenz einer Zone der Unsicherheit gesamtgesellschaftliche Auswirkungen, da sie in den noch gesicherten Bereich überzugreifen droht, sofern sie nicht kontrolliert wird³⁹.

Die Frage der Kontrolle erweist sich indes als problematisch. Als Kontrolle im Sinne einer kategorialen Abgrenzung fungiert die Verwendung des Prekariats-

³⁵ Paul Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 408. Ähnliche Diagnosen finden sich bei Walter, Vorwärts, S. 77, Frank Nullmeier, *Anerkennung: Auf dem Weg zu einem kulturalen Sozialstaatsverständnis?*, in: Stefan Lessenich (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*, Frankfurt a. M./New York 2003, S. 395–418, hier S. 395 sowie Max Reinhardt, *Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei*, Baden-Baden 2011, S. 535–547.

³⁶ Vgl. Michael Prinz, *Die Arbeiterbewegung und das Modell der Angestelltenversicherung. Zu einigen Bedingungen für die besondere Bürgerlichkeit des Wohlfahrtsstaates in der Bundesrepublik*, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Arbeiter im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1991, S. 435–460.

³⁷ Vgl. Georg Neugebauer, *Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn 2007 sowie Karl August Chassé, *Unterschichten in Deutschland. Materialien zu einer kritischen Debatte*, Wiesbaden 2010, S. 55.

³⁸ Vgl. Neugebauer, *Politische Milieus*, S. 82–84.

³⁹ Robert Castel, *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz 2008 [frz. Orig. 1995], S. 13.

begriffs. Denn dieser Neologismus⁴⁰ evoziert die Vorstellung der historischen Neu- und Andersartigkeit, während er zugleich nicht zu erkennen gibt, dass die sprachliche, rechtliche und praktische Exklusion der so Bezeichneten aus der Arbeitnehmerschaft selbst einen wesentlichen Beitrag zur Entstehung des Prekariats geleistet hat⁴¹. Zugleich erschwert es die begriffliche Trennung dem Prekariat, sich in die Tradition der Arbeiterbewegung zu stellen, Vertretung von ihr einzufordern oder sie selbst weiterzuführen. Noch fand sich keine Partei, die sich der Organisation des Prekariats angenommen und eine ähnlich breite gesellschaftliche Koalition geschmiedet hätte, welche früher die Arbeiterparteien zu schaffen im Stande gewesen waren⁴². Immerhin gibt es zumindest wissenschaftliche Versuche, das Prekariat in die „andere Arbeiterbewegung“ (Karl-Heinz Roth) einzuschreiben, um den „romantischen Antikapitalismus“ des Vormärz samt den Praktiken der noch nicht organisierten und damit disziplinierten Arbeiterschaft für das Prekariat nutzbar zu machen⁴³.

Eine solche Ausrufung des Prekariats zum historischen Wiedergänger des Proletariats führt jedoch die Grenzen einer begrifflichen Kontrolle klar vor Augen. Denn die Existenz des Prekariats bedeutet die Wiederkehr der sozialen Frage im 21. Jahrhundert⁴⁴, oder, anders ausgedrückt, einen Bruch der temporalen und normativen Ordnung. Dies hat weitreichende Folgen. Das Normalarbeitsverhältnis ist damit historisch gleich doppelt eingeeht, da es weder für das frühindustrielle Proletariat noch für das postmoderne Prekariat Geltung beanspruchen kann⁴⁵. Wenn man aber einen Anfangs- und Endpunkt des Normalarbeitsverhältnisses benennen kann, taugt es auch nicht mehr für Fortschrittserzählungen. Tatsächlich setzte der Prekariatsdiskurs dem Normalarbeitsverhältnis noch in anderer Hinsicht

⁴⁰ Zur Begriffsgeschichte vgl. Klaus Dörre, Prekarität, in: Hartmut Hirsch-Kreinsen/Heiner Minssen (Hrsg.), *Lexikon der Arbeits- und Industriesoziologie*, Berlin 2013, S. 393–398, hier S. 395f.

⁴¹ Vgl. Thorsten Lensing, *Der Arbeitsbegriff als Platzhalter und Interpret. Eine diskursanalytische Dekonstruktion der strukturellen Grundlagen eines Bewährungsmythos*, Diss., Freiburg 2007, S. 195, 202.

⁴² Vgl. Gero Neugebauer, Die Unterschicht und die Parteien, in: *APuZ* 58–33/34 (2008), S. 31–38, hier S. 35, 37f. Castel wies ebenfalls darauf hin: „Diese gesellschaftliche Nutzlosigkeit dequalifiziert sie auch im öffentlichen und politischen Leben.“ Castel, *Metamorphosen*, S. 359.

⁴³ Vgl. Patrick Eiden-Offe, *Die Poesie der Klasse. Romantischer Antikapitalismus und die Erfindung des Proletariats*, Berlin 2017, S. 318–334.

⁴⁴ Vgl. Berthold Vogel, Prekarität und Prekariat – Signalwörter neuer sozialer Ungleichheiten, in: *APuZ* 58–33/34 (2008), S. 12–18 sowie Robert Castel/Klaus Dörre (Hrsg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M./New York 2009.

⁴⁵ Vgl. Toni Pierenkemper, Der Auf- und Ausbau eines „Normalarbeitsverhältnisses“ in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, in: Rolf Walter (Hrsg.), *Geschichte der Arbeitsmärkte*, Stuttgart 2009, S. 77–118.

zu. Gerade weil viele Frauen von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen sind, erschien das Normalarbeitsverhältnis rückblickend als eine Männerdomäne, womit sein Geltungsbereich noch einmal deutlich eingeschränkt wurde – und zwar gerade für die Jahre seiner zeitlichen Vorherrschaft⁴⁶. Bestritten wurde nicht nur die Normalität des Normalarbeitsverhältnisses im Sinne seiner lebensweltlichen Reichweite, sondern auch dessen normative Verbindlichkeit als arbeitsweltlicher Richtwert⁴⁷. Sind aber prekäre Arbeitsverhältnisse erst einmal als der historische Normalfall etabliert, ist die von Castel geforderte Kontrolle gescheitert, ist dann doch nicht mehr die Verweigerung von, sondern die Forderung nach sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen begründungspflichtig.

Folgerichtig sprach Pierre Bourdieu davon, Prekarität sei „überall“ – zwar nicht als Realität, wohl aber als „kollektive Mentalität“, da sie als eine reale Möglichkeit letztlich jede und jeden treffen kann. Sie sei daher „Teil einer neuartigen Herrschaftsform, die [...] das Ziel hat, die Arbeitnehmer [...] zur Hinnahme ihrer Ausbeutung zu zwingen.“⁴⁸ Erfahrungsgeschichtlich plausibilisiert wurden diese theoretischen Ausführungen in der Bundesrepublik durch das Wirksamwerden der Agenda-Politik, allen voran der Absenkung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds⁴⁹. Konzeptionell lag es daher nahe, den Prekariatsbegriff völlig von „referenziell-substanziell[en]“ Verweisen, wie etwa auf die „Unterschicht“, zu entkoppeln, um ihn zur „Prekarisierungsgesellschaft“ zu universalisieren⁵⁰. Eine solche Dystopie rüttelt an den Fundamenten der demokratischen Ordnung, erfüllte sie

46 Vgl. Brigitte Aulenbacher, Die soziale Frage neu gestellt – Gesellschaftsanalysen der Prekariierungs- und Geschlechterforschung, in: Castel/Dörre, Prekarität, S. 65–77. Aus dieser Perspektive „scheinen Frauen eher Trendsetterinnen als Nachzüglerinnen einer neuen, zukünftig noch stärker geforderten Lebensweise zu sein.“ Monika Mattes, Krisenverliererinnen? Frauen, Arbeit und das Ende des Booms, in: Knud Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag (Hrsg.), „Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren, Bonn 2011, S. 127–140, hier S. 140.

47 Vgl. Jürgen Link, Flexibilisierung minus Normalität gleich Prekarität? Überlegungen über Prekarisierung als Denormalisierung, in: Oliver Marchart (Hrsg.), Facetten der Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Verhältnisse. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Prekarisierung von Arbeit und Leben, Bielefeld 2013, S. 91–106.

48 Pierre Bourdieu, Prekarität ist überall, in: ders., Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz 1998, S. 96–102. Zitate auf S. 96 f., 100 (H. i. O.).

49 Vgl. Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, aktualisierte Ausgabe, Berlin 2016, S. 292.

50 Robert F. Riesinger, Prekarisierung und Prekarität, in: Rolf Hepp/Robert Riesinger/David Kergel (Hrsg.), Verunsicherte Gesellschaft. Prekarisierung auf dem Weg in das Zentrum, Wiesbaden 2016, S. 227–238, hier S. 231. Vgl. zudem Oliver Marchart, Die Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Proteste, Bielefeld 2013.

doch alle Bedingungen, diese zur „Postdemokratie“ verkommen zu lassen⁵¹. Denn wenn nur Jobs statt Arbeit, also Anstellungen in Teilzeit und/oder mit Befristung⁵², wenn überhaupt, zur Verfügung stehen, kann sich schwerlich auf mittel- bis langfristige Verpflichtungen einlassen, was wiederum die gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten der Betroffenen einschränkt⁵³.

Die beschriebenen Veränderungen vollzogen sich vor dem Hintergrund politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen, die als Globalisierung oder Neoliberalismus gedeutet wurden. Mitte der 1990er Jahre befeuerten sie beispielsweise die Debatte um den „Standort Deutschland“⁵⁴. Die Berufung auf personifizierte Märkte diene nun als Rechtfertigung alternativer politischer Entscheidungen, die Arbeitslosen wie Arbeitnehmern weitreichende „Opfer“ abverlangten⁵⁵. Dass politische Akteure ihre Entscheidungen als alternativlos ausflaggen konnten, verweist auf die Defizite der Gesellschaftskritik. Selbst unter Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern herrscht bisweilen der Eindruck vor, Neoliberalismus wie auch Kapitalismus seien immun gegenüber Kritik⁵⁶. Tatsächlich lässt sich selbst Prekarität als ein genuin kapitalistisches Merkmal deuten, das auch viele Unternehmer betrifft. Bei ihnen wirken reale oder drohende prekäre Lebensverhältnisse als Antrieb zur Erschließung neuer Geschäftsfelder oder Unternehmensmodelle⁵⁷. Werner Plumpe verwarf daher das ganze Unterfangen der Kapitalismuskritik und der Suche nach Alternativen als

51 Laut Crouch sind in einer Postdemokratie „alle formalen demokratischen Merkmale“ noch intakt, aber die Öffentlichkeit ist nicht mehr fähig, ihre Interessen an die Politik heranzutragen. Folglich dominieren Eliten aus Politik und Wirtschaft den politischen Aushandlungsprozess. Crouch, *Postdemokratie*, S. 33 f., 60 ff.

52 Vgl. Karin Scherschel/Peter Streckeisen/Manfred Krenn (Hrsg.), *Neue Prekarität. Die Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik – europäische Länder im Vergleich*, Frankfurt a. M./New York 2012.

53 Vgl. Serge Paugam, Die Herausforderung der organischen Solidarität durch die Prekarisierung von Arbeit und Beschäftigung, in: Castel/Dörre, *Prekarität*, S. 175–196, hier S. 183–188 sowie Philipp Staab, *Metamorphosen der Fabriksozialisation. Zur Produktion des Arbeiters in Vergangenheit und Gegenwart*, in: *Mittelweg* 36 23–6 (2014), S. 4–27, hier S. 23–26.

54 Vgl. Wencke Meteling, Nationale Standortsemantiken seit den 1970er Jahren, in: Ariane Leendertz/Wencke Meteling (Hrsg.), *Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er Jahren*, Frankfurt a. M./New York 2016, S. 207–241, hier S. 208, 238.

55 Vgl. Wendy Brown, *Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört*, Berlin 2015, S. 253–263, Anselm Doering-Manteuffel, *Die Entmündigung des Staates und die Krise der Demokratie. Entwicklungslinien von 1980 bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2013, S. 14 f. sowie Andreas Rödder, *21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart*, Bonn 2017, S. 218, 240.

56 Vgl. Brown, *Schleichende Revolution*, S. 20 sowie Boltanski/Chiapello, *Der neue Geist*.

57 Vgl. Timo Luks, *Prekarität. Eine nützliche Kategorie der historischen Kapitalismusanalyse*, in: *AfS* 56 (2016), S. 51–80, hier S. 63, 69.

historisch widerlegten „Mythos“⁵⁸. Dagegen leitete Wolfgang Streeck aus der Prämisse, dass der Neoliberalismus „die Fähigkeit zu kollektivem Handeln, ja selbst die Hoffnung darauf, zerstört hat“ und folglich auch kein „revolutionäres Subjekt“ mehr bereitstünde, die Forderung ab, „über ein Ende des Kapitalismus nachzudenken, ohne uns dabei die Beantwortung der Frage aufbürden zu lassen, was denn an seine Stelle treten solle.“⁵⁹ Wolfgang Knöbl stellte indes die Immunität von Neoliberalismus und Kapitalismus gegenüber Kritik infrage. Er erklärte die rückläufige Thematisierung von Ausbeutung und Klassenkonflikten vielmehr mit der Abkehr von der Arbeitswertlehre, welche Soziologinnen und Soziologen in den vergangenen Jahren vollzogen hatten⁶⁰. Wenig überraschend erlebte Karl Marx im Nachgang der Bankenkrise ein Revival⁶¹. Vielleicht war dessen klügster, weil wirkungsvollster Schachzug ein relativ simpler: Er formulierte seine Kritik am Kapitalismus nicht nur abstrakt, sondern verknüpfte sie unauflöslich mit dem Konzept ‚Arbeiter‘, welchen er wiederum zum Produkt – und damit zum notwendigen Bestandteil – des Kapitalismus erklärte. Auf dieser Basis ließ sich ein politisches Programm von enormer Sprengkraft entwickeln. Denn die erwähnte Koppelung stellte die Kapitalismuskritik zum einen auf Dauer: Solange der Kapitalismus besteht, sorgt er selbst dafür, dass Arbeiterinnen und Arbeiter zu seiner Anklage bereitstehen. Zum anderen war das Verhältnis der ‚Arbeiter‘ zum Kapitalismus genealogisch gedacht. Indem Marx die ‚Arbeiter‘ als originäres Produkt des Kapitalismus auswies, konnten sie zu Recht beanspruchen, die eigentlichen Träger von Moderne und Fortschritt zu sein. Damit wiesen sie über den Kapitalismus hinaus⁶².

58 Vgl. Werner Plumpe, Beharrliche Ignoranz: Der Mythos von der Alternative zum Kapitalismus. Manuskript eines Vortrags gehalten am 21.2.2017 in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, <<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.786>> (26.05.2023). Freilich läuft Plumpe damit Gefahr, den Fehler von Marx und Engels zu wiederholen: „Dass Marx und Engels die sie prägenden Eindrücke der 1840er-Jahre für ein allgemeines Phänomen und nicht für eine historische Phase hielten, kann man ihnen nicht unbedingt zum Vorwurf machen.“ Ibid., S. 3.

59 Wolfgang Streeck, Wie wird der Kapitalismus enden?, in: Blätter 60–3 (2015), S. 99–111, hier S. 107.

60 Vgl. Wolfgang Knöbl, Zwei Leerstellen der neueren Kapitalismustheorie. Über Mehrwert und Profit, in: Mittelweg 36 26–6 (2017), S. 55–74, bes. S. 64.

61 Um nur zwei Publikationen zu nennen: Terry Eagleton, *Why Marx was Right*, New Haven/London 2011 sowie Rahel Jaeggi/Daniel Loick (Hrsg.), *Nach Marx. Philosophie, Kritik, Praxis*, Berlin 2013.

62 So ließe sich Marx' Selbsteinschätzung reformulieren: „Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur *Aufhebung aller Klassen* und zu einer *klassenlosen Gesellschaft* bildet.“ Karl Marx an Joseph Weydemeyer, 5.3.1852, in: MEW 28, Berlin (Ost) 1963, S. 503–509, hier S. 508 (H. i. O.).

Interessanterweise zeichnete sich zeitgleich eine Wiederkehr der ‚Arbeiter‘ ab. Denn die Geschichte der Arbeiterschaft hält zumindest noch retrospektiv Alternativen zur Durchsetzung neoliberaler Praktiken bereit. Auf diesem Weg gelangte etwa Colin Crouch zu einer Neubewertung der Ablösung des Keynesianismus durch den Monetarismus:

Denn die Krise des Keynesianismus führte nicht deshalb zu seiner Abschaffung statt zu einer Reform oder Anpassung, weil irgend etwas an seinen Ideen grundsätzlich falsch gewesen wäre, sondern weil die Schicht, deren Interessen er vertrat – die Arbeiterschaft der westlichen Industrieländer –, sich in einem historischen Niedergang befand und ihre gesellschaftliche Macht zu verlieren begann.⁶³

Auch eignen sich ‚Arbeiter‘ noch immer, die aktuellen Grenzen des Kapitalismus zu vermessen. Klaus Dörre und sein Team griffen wie selbstverständlich auf den Arbeiterbegriff zurück, um „die Frage nach der Stabilität von subjektiven Legitimationsgrundlagen kapitalistischer Vergesellschaftung“ zu stellen und zu beantworten. Und für Wolfgang Streeck zeichnete sich die „nicht-kapitalistische Arbeiterklasse“ gar als potentieller apokalyptischer Reiter am kapitalistischen Horizont ab⁶⁴.

Die Relevanz der Fragestellung speist sich somit aus der Existenz eines Widerspruchs: Wenn der ‚Arbeiter‘ immer noch identitätsstiftend wirkt, wenn er noch immer grundsätzliche Kritik am kapitalistischen Status quo ermöglicht, wenn gerade demokratische Politik auf Differenzbildung angewiesen ist⁶⁵, wenn andererseits die Marginalisierung des ‚Arbeiters‘ zur gesellschaftlichen Desintegration breiter Bevölkerungsschichten beigetragen hat, so ist verwunderlich, weshalb eine solch gut erschlossene Ressource wie der ‚Arbeiter‘ scheinbar in aller Selbstverständlichkeit aufgegeben wurde.

1.3 Räumliche, zeitliche und historiographische Verortung

Panta rhei – alles fließt. Diese Erkenntnis trifft auch auf den ‚Arbeiter‘ zu, zumal wenn er in Form eines kollektiven Wissensbestands historisch offengehalten wer-

⁶³ Colin Crouch, Das lange Leben des Neoliberalismus, in: Blätter 56–11 (2011), S. 49–62, hier S. 51.

⁶⁴ Vgl. Wolfgang Streeck, Wie wird der Kapitalismus enden? Teil II, in: Blätter 60–4 (2015), S. 109–120, hier S. 113 sowie Klaus Dörre/Anja Happ/Ingo Matuschek, Das Unbehagen am Kapitalismus und die LohnarbeiterInnen, in: dies. (Hrsg.), Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben, Hamburg 2013, S. 9–28, hier S. 13.

⁶⁵ Vgl. Chantal Mouffe, Agonistik. Die Welt politisch denken, Bonn 2015 [engl. Orig. 2013], S. 24–26.

den soll. Die Untersuchung bedarf somit der begründeten zeitlichen und räumlichen, aber auch historiographischen Eingrenzung.

Beim ‚Arbeiter‘ handelt es sich, sofern von der gesellschaftlich relevanten Ressource gesprochen wird, um ein Phänomen der Industriemoderne, das als solches an ein bestimmtes Wirtschaftssystem gebunden ist. Dieses System wiederum entwickelte zwar länderspezifische, regional- und lokalspezifische Ausprägungen, doch weist es auch viele transnationale Gemeinsamkeiten auf. Entsprechend bewegen sich die einschlägigen sozialwissenschaftlichen Analysen recht leichtfüßig über die staatlichen Grenzen hinweg, selbst wenn sie eigentlich mit beiden Beinen (empirisch wie methodisch) fest in einem Land verwurzelt sind⁶⁶. Wie etwa Lutz Raphael ausführte, bietet ein länderübergreifender Vergleich bei einem derartigen Setting ein großes Erkenntnispotential, um jenseits der Gemeinsamkeiten auch regionale oder nationale Differenzen aufzudecken. Angewandt auf den in den 1970er Jahren einsetzenden Deindustrialisierungsprozess und untersucht am Beispiel Frankreichs, Großbritanniens und der Bundesrepublik gelangte Raphael zu dem Ergebnis, dass dieselben „Zwänge zu Kostensenkung, Produktivitätssteigerung und Produktinnovation“ aufgrund unterschiedlicher „Rahmenbedingungen“ zwar zu einer „Verschärfung der nationalstaatlichen Differenzen“ führten, sich zugleich aber auch „erheblich größere grenzüberschreitende Gemeinsamkeiten zwischen [...] Industrierevieren [...] als im nationalen Vergleich“ ergaben⁶⁷.

Je größer aber die inner- wie zwischenstaatlichen Differenzen, desto höher müssen auch die Opportunitätskosten eines trans- oder internationalen Vergleichs ausfallen. Dies wiederum erschwert das Vorhaben, die Anwendung des kollektiven Wissensbestands ‚Arbeiter‘ in mehreren gesellschaftlichen Bereichen nachzuverfolgen. Daher wird in der vorliegenden Arbeit der Untersuchungsraum auf die deutsche Bundesrepublik beschränkt werden.

Tatsächlich lassen sich auch für die Bundesrepublik relevante Eigenheiten geltend machen. So war sie laut Ulrich Herbert zwischen 1965 und 1970 „vermutlich das am stärksten industrialisierte Land der westlichen Welt“, doch spielte

⁶⁶ Vgl. Franz Schultheis, Zur Neuauflage der deutschen Ausgabe. Robert Castel: Soziologisches Verstehen als historische Rekonstruktion, in: Castel, *Metamorphosen*, S. 1–4, hier S. 1. Tatsächlich führen transnationale Aneignungen bisweilen zu interessanten Verschiebungen, etwa wenn der französische Titel „Retour sur la condition ouvrière“ in der deutschen Übersetzung zur „Verlorenen Zukunft der Arbeiter“ umgedeutet wurde. Vgl. Beaud/Pialoux, *Verlorene Zukunft*.

⁶⁷ Lutz Raphael, Industriearbeit(er) nach dem Boom. Bundesrepublikanische Entwicklungen im westeuropäischen Vergleich, in: Sonja Levens/Cornelius Torp (Hrsg.), *Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektive auf die westdeutsche Geschichte*, Göttingen 2016, S. 207–231, hier S. 212, 220. Vgl. zudem ders., Transformations of Industrial Labour in Western Europe: Intergenerational Change of Life Cycles, Occupation and Mobility 1970–2000, in: *German History* 30–1 (2012), S. 100–119, hier S. 101.

das Modell der Klassengesellschaft in der gesellschaftlichen Selbstwahrnehmung höchstens eine marginale Rolle. Für Großbritannien galt spätestens seit den 1980er Jahren das Gegenteil, denn das Konzept der *working class* blieb auch nach Beginn der weitgehenden Deindustrialisierung des Landes ein wichtiger Bezugspunkt⁶⁸. Bedingt durch die deutsch-deutsche Teilung konnte sich, anders als in Italien oder Frankreich, in der Bundesrepublik keine systemrelevante kommunistische Partei entwickeln⁶⁹. Und schließlich steht der gesamte wohlfahrtsstaatliche Bereich samt seiner politischen Sprache und Organisationskultur in einer starken nationalen Pfadabhängigkeit. Selbst die DDR beschritt hier einen eigenen Weg, da sie weder arbeits- noch sozialversicherungsrechtlich zwischen ‚Arbeitern‘ und ‚Angestellten‘ unterschied⁷⁰.

Zeitliche Verortung

Mit der räumlichen Festlegung auf die Bundesrepublik geht eine zeitliche einher, zumindest insofern, als der Beginn der Untersuchungsperiode frühestens auf die Nachkriegszeit festgelegt ist. Auch ein mögliches Ende wurde mit 2005 bereits angedeutet. Eine hermetische zeitliche Abgrenzung erscheint zwar wenig zielführend, da die zu untersuchenden gesellschaftlichen Bereiche je eigenen Taktungen folgten, die Distanzierung vom und Annäherungen an den ‚Arbeiter‘ also keineswegs geradlinig verliefen. Dennoch spricht viel dafür, die langen 1970er Jahre als Kernzeit der Arbeit zu definieren. Denn nachdem sich 1959 die SPD mit ihrem Godesberger Programm symbolisch von einer Arbeiter- zu einer Volkspartei gewandelt hatte⁷¹ und sich selbst Vertreter der Kritischen Theorie im Laufe der 1960er Jahre von der Arbeiterschaft ab- und den Studierenden als neuer gesellschaftsverändernder Kraft

⁶⁸ Herbert, Geschichte, S. 627. Vgl. zudem Hans-Peter Müller, Zur Zukunft der Klassengesellschaft, in: Merkur 61–3 (2007), S. 189–199, Selina Todd, *The People. The Rise and Fall of the Working Class*, London 2015 sowie Lutz Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Berlin 2019, S. 102–106.

⁶⁹ Zur Bedeutung und Entwicklung der Kommunistischen Parteien: Donald Sassoon, *One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century*, London/New York 1996, S. 95–112, 260–270, 297–304, 369–374, 534–548, 558–560, 572–593.

⁷⁰ Vgl. Raphael, *Transformations*, S. 102 sowie Rolf Wank, *Arbeiter und Angestellte. Zur Unterscheidung im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht*, unter Mitarbeit von Monika Müller und Michael Schmidt, Berlin/New York 1992, S. 51. Arbeitsrechtliche Abgrenzungen existierten um 1990 noch in Österreich, Frankreich, Belgien, Dänemark und Italien, nicht mehr aber in der Schweiz, England, Portugal, Spanien und in den Niederlanden. Vgl. *ibid.*, S. 58–65.

⁷¹ Laut Donald Sassoon war Godesberg „the programme of a working-class party which no longer wished to represent itself as such“. Sassoon, *One Hundred Years*, S. 251.

zugewandt hatten⁷², erregte im September 1969 ein zuvor völlig unbeachtet gebliebenes Phänomen große öffentliche Aufmerksamkeit: die „wilden Streiks“. Tausende Arbeiter legten damals ohne Rücksicht auf die Gewerkschaften ihre Arbeit nieder, um höhere Löhne durchzusetzen. Denn als Reaktion auf die Rezession 1966/7 und aufgrund der Einbindung in die Konzertierte Aktion hatten die Gewerkschaften niedrige Tarifabschlüsse mit relativ langer Laufzeit akzeptiert, während sich die Wirtschaft und mit ihr die Unternehmensgewinne schneller als erwartet erholt hatten. Was nun folgte, war eine umfassende Reaktualisierung des ‚Arbeiters‘. Die Streikintensität blieb auch die nächsten Jahre über hoch und war bis 1973 noch offensiv ausgerichtet⁷³. Studierende und linke Gruppierungen entdeckten im Zuge ihrer „proletarischen Wende“ die Arbeiterschaft wieder und versuchten, sie mittels „Betriebsinterventionen“ für die Revolution zu begeistern. In Kinos und im Fernsehen liefen nun „Arbeiterfilme“, nachdem bereits in den frühen 1960er Jahren die „Gruppe 61“ um Max von der Grün eine eigenständige „Arbeiterliteratur“ herausgebildet hatte⁷⁴. Die Industriosozologie erlebte dank der wegweisenden Studie von Horst Kern und Michael Schumann zu „Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein“ einen neuen Aufschwung, und auch die Arbeitergeschichte eroberte die Historischen Fakultäten⁷⁵. Orchestriert wurde diese Entwicklung mit der Novellierung des

72 Vgl. Herbert Marcuse, Versuch über die Befreiung, Frankfurt a. M. 1978 [1969], S. 79–95 sowie Margareta Steinrück, Mit gemischten Gefühlen. Parallelen oder Differenzen zwischen Bourdieu und den Frankfurtern in ihrem Verhältnis zur Arbeiterbewegung?, in: Ullrich Bauer/Uwe H. Bittlingmayer/Carsten Keller/Franz Schultheis (Hrsg.), Bourdieu und die Frankfurter Schule. Kritische Gesellschaftstheorie im Zeitalter des Neoliberalismus, Bielefeld 2014, S. 189–213.

73 Vgl. Peter Birke, Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Frankfurt a. M./New York 2007 sowie Christian Testorf, Welcher Bruch? Lohnpolitik zwischen den Krisen: Gewerkschaftliche Tarifpolitik von 1966 bis 1974, in: Andresen/Bitzegeio/Mittag, Strukturbruch, S. 293–315.

74 Zu den Betriebsinterventionen: Jan Ole Arps, Frühschicht. Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren, Berlin/Hamburg 2011 sowie Sebastian Kasper, Unter der Parole „Kampf gegen die Arbeit!“. Die Betriebsinterventionen der frühen Sponti-Bewegung, in: ABG 15–1 (2016), S. 49–62. Vgl. zudem Peter Zimmermann, Arbeiterfilme im Fernsehen, in: Helmut Kreuzer (Hrsg.), Fernsehforschung – Fernsehkritik, Göttingen 1980, S. 36–53 sowie Rainer Nolténus, Das Ruhrgebiet – Zentrum der Literatur der industriellen Arbeitswelt seit 1960, in: Jan-Pieter Barbian/Ludger Heid (Hrsg.), Die Entdeckung des Ruhrgebiets. Das Ruhrgebiet in Nordrhein-Westfalen 1946–1996, Essen 1997, S. 444–457.

75 Vgl. Horst Kern/Michael Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluss der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewusstsein. Mit einem Nachwort von Klaus Peter Wittemann, Frankfurt a. M. 1985 [1970] sowie Hanns-Georg Brose, Proletarisierung, Polarisierung oder Upgrading der Erwerbsarbeit? Über die Spätfolgen ‚erfolgreicher Fehldiagnosen‘ in der Industriosozologie, in: Jürgen Friedrichs/M. Rainer Lepsius/Karl Ulrich Mayer (Hrsg.), Die Diagnosefähigkeit der Soziologie, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 130–163. Vgl. zur Arbeitergeschichte: Klaus Tenfelde, Germany, in: Joan Allen/Alan Campbell/

Betriebsverfassungsgesetzes 1972, der Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes 1976 sowie des Reformvorhabens „Humanisierung des Arbeitslebens“ (HdA)⁷⁶.

Dennoch machte sich schon in den 1970er Jahren eine erneute „Tendenzwende“ bemerkbar⁷⁷. 1975 gab es erstmals mehr Beamte und Angestellte als Arbeiter; die Bundesrepublik erschien manchen Zeitgenossen als eine ‚Arbeitnehmergesellschaft‘. Infolge der Rezession 1981/2 wurde der gesellschaftliche Wandel dann offensichtlich: „Das Gesicht Deutschlands änderte sich: Nicht ‚Blaumänner‘, sondern Sakkos und Anzüge dominierten vielerorts das Straßenbild.“⁷⁸ Frühzeitig schwenkte auch der akademische Bereich auf die neue Tendenz ein. Hatte André Gorz noch 1964 über eine „Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus“ nachgedacht, nahm er 1980 „Abschied vom Proletariat“. Zwei Jahre später verhandelte der Deutsche Soziologentag die „Krise der Arbeitsgesellschaft“, 1983 rief Ralf Dahrendorf das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters aus, 1984 wurde das „Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland“ wie das „Ende der Arbeitsteilung“ erörtert. 1986 formulierte Ulrich Beck mit seinem Entwurf der „Risikogesellschaft“ eine Absage an das Konzept der Klassengesellschaft⁷⁹. Und doch: Viele der End-Diagnosen waren wohlweislich mit einem Fragezeichen versehen. Daher können auch die 1990er Jahre nicht als absoluter Endpunkt gelten, wenngleich spätestens der Zusammenbruch des Ostblocks eine Baisse für die Ressource ‚Arbeiter‘ einläutete. Daher

John McIlroy (Hrsg.), *Histories of Labour: National and International Perspectives*, Pontypool 2010, S. 262–289, hier S. 268–270, 273 ff.

⁷⁶ Vgl. Milert/Tschirbs, *Andere Demokratie*, S. 462–476 sowie Nina Kleinöder/Stefan Müller/Karsten Uhl (Hrsg.), *„Humanisierung der Arbeit“. Aufbrüche und Konflikte in der rationalisierten Arbeitswelt des 20. Jahrhunderts*, Bielefeld 2019.

⁷⁷ Zum Begriff der „Tendenzwende“ vgl. Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009, S. 574 ff. Zur Krise allgemein vgl. Herbert, *Geschichte Deutschlands*, Kap. 17.

⁷⁸ Vgl. Martin H. Geyer, *Rahmenbedingungen: Unsicherheit als Normalität*, in: ders. (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Band 6: 1974–1982. Bundesrepublik Deutschland. Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheiten, Baden-Baden 2008, S. 1–109, hier S. 62–63 (Zitat).

⁷⁹ André Gorz, *Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus*, Frankfurt a. M. 1974 [frz. Orig. 1964], ders., *Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus*, Frankfurt a. M. ²1981 [frz. Orig. 1980], Joachim Matthes (Hrsg.), *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*, Frankfurt a. M. u. a. 1983, Ralf Dahrendorf, *Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus*, Stuttgart 1983, S. 16–24, Rolf Ebbighausen/Friedrich Tiemann (Hrsg.), *Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Ein Diskussionsband zum sechzigsten Geburtstag von Theo Pirker*, Opladen 1984, Horst Kern/Michael Schumann, *Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion*, München ²1985 sowie Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. M. 1986.

müssen auch die 1990er Jahre perspektivisch in die Untersuchung eingebunden werden.

Historiographische Verortung

Mit der vorgenommenen Periodisierung ist die vorliegende Arbeit in die Diskussion um den „Nach dem Boom“-Ansatz von Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael eingeschrieben, der ebenfalls als eine Problemgeschichte der Gegenwart angelegt ist⁸⁰. Die weiteren historiographischen Verortungen, nämlich in der Arbeitergeschichte und in der Wissensgeschichte, folgen aus der Themenstellung selbst beziehungsweise aus der Konzeption derselben. Dies wird jedoch erst für die Diskussion des Forschungsstands und für methodologische Fragen von Interesse sein.

Eine Neuausrichtung der Zeitgeschichte als „Vorgeschichte gegenwärtiger Problemkonstellationen“ anstelle einer „Nachgeschichte vergangener“ hatte Hans Günter Hockerts bereits zu Beginn der 1990er Jahre eingefordert⁸¹. Gerade aus dem weiteren Bereich der Arbeitergeschichte wurden unlängst Gegenstimmen erhoben. Pragmatisch wog Raphael die potentiellen Erkenntnisgewinne, die von einer Problemgeschichte der Bundesrepublik für die Zeit zwischen 1975 und 2000 zu erwarten sind, gegen eine „radikale[] Historisierung dieser Übergangsphase ‚nach dem Boom‘“ ab und befand erstere als zu leicht⁸². Dieser Einwand ist freilich erst noch empirisch zu prüfen und nicht a priori zu entscheiden⁸³. Prinzipiell ging Jörg Arnold mit dem problemgeschichtlichen Zugriff ins Gericht, leiste dieser doch „Wahrnehmungsverzerrungen Vorschub, die der Fremdheit gerade auch der jüngsten Vergangenheit nicht gerecht werden.“ Stattdessen gelte es, ausgehend von der Annahme „einer offenen Geschichte [...] die Erwartungen und Zukunftsentwürfe der Zeitgenossinnen und Zeitgenossen sowie ihre gelebten und kulturell tradierten Erinnerungen“ ebenso wie abgebrochene Entwicklungen ernst zu nehmen⁸⁴. Arnolds Kritik hat gewiss ihre Berechtigung, kann aber schwerlich auf die Problemgeschichte beschränkt werden, sondern ist die historiographische Aporie schlechthin. Da immer aus einer Gegenwartsperspektive gefragt und auf diese

⁸⁰ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008, S. 7–11.

⁸¹ Vgl. Hans Günter Hockerts, *Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder*, in: *Historisches Jahrbuch* 113 (1993), S. 98–127, hier S. 124.

⁸² Raphael, *Industriearbeit(er)*, S. 210.

⁸³ In seiner Monographie richtete Raphael seine Gesellschaftsgeschichte der Industriearbeiterschaft „nach dem Boom“ am Ende perspektivisch auf eine Problemgeschichte der Gegenwart hin aus. Vgl. ders., *Jenseits von Kohle*, S. 467–479.

⁸⁴ Arnold, *Verlierer*, S. 268 f. Vgl. zudem Raphael, *Jenseits von Kohle*, S. 11–14.

Weise Geschichte konstruiert wird, werden notwendigerweise auch Ereignisse ausgeschlossen. Soll der Problemgeschichte hier eine Ausnahmestellung zugewiesen werden, so ist dies nur in dem Sinne möglich, als bei ihr das allgemeine Problem in besonderem Maße auftritt, gerade weil es, zur Heuristik gewendet, fruchtbar gemacht werden soll. Sofern aber das Gegenwartsproblem, auf das die Fragestellung hin ausgerichtet ist, wie im vorliegenden Fall nicht zuletzt in einer proklamierten Alternativlosigkeit der historischen Entwicklung besteht, verliert die von Arnold diagnostizierte Problematik der Problemgeschichte an Schärfe. Für die weitere Untersuchung gilt es dennoch, immer auch nach historischen Alternativen Ausschau zu halten⁸⁵.

Kommen wir abschließend zum „Nach dem Boom“-Ansatz. Welcher Nutzen lässt sich daraus ziehen? Zunächst stellt er ein grundsätzlich weitergehendes, ja radikaleres, aber doch mit vielen Grundannahmen der vorliegenden Arbeit kongruentes Modell dar. Als solches bietet es forschungspragmatisch Orientierung, auf die vor allem weiter unten in der Methodologiediskussion zurückzugreifen sein wird, dient aber auch als plausibilisierende Berufungsinstanz der hier vorgetragenen Überlegungen. Übereinstimmung herrscht etwa hinsichtlich der „Krise der Demokratie“⁸⁶ als allgemeiner Problemwahrnehmung wie auch der spezielleren Einschätzung, wonach die Frage der Repräsentation der Arbeiterschaft als „Kernproblem einer politischen Gesellschaftsgeschichte im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts“⁸⁷ anzusehen sei. Übereinstimmung herrscht schließlich, wie erwähnt, bei der Periodisierung. Doch statt von einer einfachen Zäsur gingen Doering-Manteuffel und Raphael von mehreren, seit den 1970er Jahren phasenverschoben auftretenden „Strukturbrüchen“ in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen aus, die zusammengekommen einen „Wandel von revolutionärer Qualität“ entfalten⁸⁸. Die 1970er Jahre markieren demnach einen „epistemischen Umbruch“, mithin eine neue „Sattelzeit“, welche die nachfolgende Zeit epochal von den Jahren zuvor

⁸⁵ Eine solche Verbindung von Problemgeschichte und „dem Denkmodell sich öffnender und schließender Möglichkeitshorizonte“ strebt auch der „Nach dem Boom“-Ansatz an. Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Neue Einsichten und Erklärungsversuche*, in: dies./Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016, S. 9–34, hier S. 32.

⁸⁶ Anselm Doering-Manteuffel, *Die Vielfalt der Strukturbrüche und die Dynamik des Wandels in der Epoche nach dem Boom*, in: Morten Reitmayer/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*, München 2014, S. 135–145, hier S. 143 ff. sowie ders., *Entmündigung*.

⁸⁷ Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, 2. erg. Aufl., Göttingen 2010, S. 19.

⁸⁸ Vgl. Doering-Manteuffel/Raphael, *Nach dem Boom*, S. 10 f. sowie Doering-Manteuffel, *Vielfalt*.

abgrenze⁸⁹. Nachdem nun schon einige Studien vorliegen, konnten die beiden Autoren ihre Periodisierung weiter differenzieren. So betrachten sie mittlerweile die Jahre zwischen 1970 und 1995 als „Anbahnungsphase“ für sozioökonomische Entwicklungen, die erst danach deutlich zu Tage traten⁹⁰. Insgesamt findet sich das ‚Arbeiter‘-Thema dank des „Nach dem Boom“-Ansatzes in einen breiteren Kontext eingebettet, was einerseits seine Relevanz erhöht, es andererseits aber auch relativierbar macht⁹¹.

Diese Kompatibilität wirft ihrerseits die Frage auf, ob und wie der ‚Arbeiter‘ für den Ansatz nutzbringend sein kann. Antworten darauf lieferten die beiden Autoren selbst, forderten sie doch

die Erörterung von Leitbegriffen der Epoche des Booms, die für Gesellschaft und Staat, politisches Handeln, wirtschaftliches Denken und wohlfahrtsstaatliche Entwicklung zentral waren und wiederum den Zenit ihrer Bedeutung als *Leitbegriffe* im Kulminationspunkt des Booms während der 1960er und frühen 1970er Jahre durchlaufen haben dürften.⁹²

Zweifellos trifft diese Einschätzung auf den Arbeiterbegriff zu. Allemal lässt sich mit ihm eine Prämisse von Doering-Manteuffel und Raphael hinterfragen. Konsequenterweise gingen sie davon aus, dass die aus den Strukturbrüchen emergierende neue Wirklichkeit auch mit neuen Begriffen zu beschreiben sei⁹³. Indem mit ‚Arbeiter‘ der überkommene Begriff schlechthin mit der „neuen Wirklichkeit“ konfrontiert wird, stellt sich nicht nur die Frage, ob er weiterhin als Analysebegriff taugt, sondern auch, ob und wie Begriffe gegen Strukturen Wirklichkeit prägen, und welche Interessen von Akteuren hinter Begriffsaufgaben und deren Neuschöpfung stecken. In diesem Zusammenhang ist es reizvoll, den Arbeitnehmerbegriff als Bezugspunkt heranzuziehen. Denn auch wenn dieser Begriff dem 19. Jahrhundert entstammt, war seine Verbreitung lange auf den rechtlichen Kon-

⁸⁹ Die ursprünglich von Koselleck bezeichnete „Sattelzeit“ bezog sich auf die Zeit ab 1750. Vgl. Reinhart Koselleck, Einleitung, in: Brunner/Conze/Koselleck, *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 1, S. XIII–XXVII, hier S. XV. Zur neuen Sattelzeit vgl. Ariane Leendertz/Wencke Meteling, *Bezeichnungsrevolutionen, Bedeutungsverschiebungen und Politik: Zur Einleitung*, in: dies., *Neue Wirklichkeit*, S. 13–33, hier S. 23, 27. Von einer „Epoche eigenen historischen Rechts“ sprachen Doering-Manteuffel/Raphael, *Nach dem Boom* (2010), S. 12. Wie unschwer zu erkennen ist, liegt auch dem „Nach dem Boom“-Ansatz die Problematik von Moderne und Postmoderne zugrunde.

⁹⁰ Doering-Manteuffel/Raphael, *Nach dem Boom* (2010), S. 11.

⁹¹ Vgl. Knud Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag (Hrsg.), *„Nach dem Strukturbruch“? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren*, Bonn 2011 sowie Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016.

⁹² Doering-Manteuffel/Raphael, *Nach dem Boom*, S. 118 (H. i. O.).

⁹³ Vgl. *ibid.*, S. 120.

text beschränkt. Erst in den 1970er Jahren kam in den zeitgenössischen Debatten die Vorstellung einer ‚Arbeitnehmergesellschaft‘ auf. Eine solche Gesellschaftskonzeption vermochte nicht nur den prognostizierten Wandel hin zu einer dienstleistungszentrierten Wirtschaft begrifflich abzubilden⁹⁴, da ‚Arbeitnehmer‘ die drei Statusgruppen ‚Arbeiter‘, ‚Angestellte‘ und ‚Beamte‘ in sich schloss. Vielmehr war dieses Gesellschaftskonzept auch an das Konzept des Modells Deutschland angeschlossen, zumal sich der Arbeitnehmerbegriff primär aus dem bundesrepublikanischen Recht herleitete.

1.4 Forschungsstand

Arbeitergeschichte

Die Arbeitergeschichte konfrontiert zeitgeschichtlich interessierte Leserinnen und Leser mit einem handfesten Paradox: Sie ist durchdrungen vom Mantra des Verschwindens der Arbeiter, ohne überhaupt geklärt zu haben, was genau unter ‚Arbeiter‘ in der Bundesrepublik zu verstehen sei⁹⁵. Zwar erlebte die Arbeitergeschichte seit den frühen 1970er Jahren einen nachhaltigen Aufschwung, doch zeichnete sie sich gerade durch ihre distanzierte Haltung zur Zeitgeschichte aus⁹⁶. Auf mehrere Gründe lässt sich dies zurückführen.

Auf der einen Seite herrschte die *epistemologische* Unsicherheit vor, ob mit den für das 19. Jahrhundert erprobten Begrifflichkeiten überhaupt die Zeit nach 1933 zu untersuchen sei, da die Eingriffe der Nationalsozialisten völlig neue Bedingungen geschaffen hätten. Hier wird letztlich eine politisch induzierte zweite Sattelzeit proklamiert⁹⁷.

Gegenteilig in den Prämissen, aber gleich in der Wirkung ist ein zweiter Ansatz, der *methodologische* Zweifel an der Sinnhaftigkeit einer zeitgeschichtlichen Arbeitergeschichte säte. Ihm sind neben Werner Conze auch Klaus Tenfelde und die „Bielefelder Schule“ zuzurechnen. Sie gingen von der ungebrochenen temporalen Einheit des industriell-technischen Zeitalters aus, wodurch auch Forschungen

⁹⁴ Vgl. Raphael, *Jenseits von Kohle*, S. 14.

⁹⁵ Vgl. Dietmar Süß, *A scheene Leich? Stand und Perspektiven der westdeutschen Arbeitergeschichte nach 1945*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 34 (2005), S. 51–76, hier S. 53. Vgl. als frühe Ausnahme: Josef Mosser, *Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970*, Frankfurt a. M. 1984.

⁹⁶ Vgl. etwa Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich. Berichte zur internationalen historischen Forschung*, München 1986.

⁹⁷ Vgl. Gerhard A. Ritter, *Zum Gesamtwerk*, in: Jürgen Kocka, *Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800*, Bonn 1990, S. 11–21, hier S. 21.

zum 19. Jahrhundert Gegenwartsrelevanz erhielten. Während Conze begriffsgeschichtlich für das 19. Jahrhundert die politische Umstrittenheit des Arbeiterbegriffs nachwies, essentialisierte er ihn mit Blick auf die Bundesrepublik mit der Feststellung, dass „der Anteil der Arbeiter im eigentlichen Sinne zurückgeht“. Mit dieser Zuweisung von Eindeutigkeit aber wird der Begriff zum Wort degradiert und fällt somit als legitimer Untersuchungsgegenstand aus der Begriffsgeschichte heraus⁹⁸. Ein ähnliches Argument machte Tenfelde für die Sozialgeschichte geltend, indem er auf die weitgehende Integration der Arbeiterschaft in die bundesdeutsche Gesellschaft verwies⁹⁹. Unter solchen Bedingungen vermochte diese soziale Gruppierung keine hinreichende Differenz zur Gesamtgesellschaft mehr zu bieten, um eine sozialgeschichtliche Beschäftigung mit ihr zu rechtfertigen¹⁰⁰. Paul Nolte verallgemeinerte diesen Punkt und erklärte ihn zum Charakteristikum der „Bielefelder Schule“: Die Erforschung des 20. Jahrhunderts sei zwar mit den überkommenen Begrifflichkeiten möglich, aber letzten Endes sinnlos, da sich die Moderne als der eigentliche Legitimationsgegenstand der Historiographie bereits im 19. Jahrhundert in Gänze offenbarte¹⁰¹.

Dass diese Prämisse auch in der Arbeitergeschichte Plausibilität evozieren konnte, hängt eng mit der *Ontologie* des Faches zusammen: Untersucht wurde vor allem die Industriearbeiterschaft aus Branchen, die sich spätestens in den 1970er Jahren im Niedergang befanden: Kohle und Stahl¹⁰². Für Ulrich Herbert hing die

98 Conze, Arbeiter, S. 242. Zum Konzept der „technisch-industriellen Welt“ und Conzes Rolle bei seiner Popularisierung vgl. Nolte, Ordnung, S. 276 f.

99 Vgl. dagegen als Position der Industriesoziologie: „Auch die westdeutschen Arbeiter von heute wurden nicht als Proletariat bezeichnet, obwohl die Arbeiterschaft keineswegs so gesichert und saturiert dasteht, daß sie sozialpolitisch uninteressant geworden ist [...]“. Hans Paul Bahrdt, Die Beamten, in: Marianne Feuersenger (Hrsg.), Gibt es noch ein Proletariat?, Frankfurt a. M. 1970 [1962], S. 34–43, hier S. 42.

100 Vgl. Klaus Tenfelde, Vorwort, in: ders., Arbeiter, S. 9–14, hier S. 11f. Später nahm er mit der „Entwicklung der gesellschaftlichen Formation ‚Arbeitnehmer‘“ ein anderes Forschungsfeld in den Blick. Klaus Tenfelde, Arbeiter, Arbeiterbewegungen und Staat im Europa des „kurzen“ 20. Jahrhunderts, in: Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 17–34, hier S. 22.

101 Vgl. Paul Nolte, Abschied vom 19. Jahrhundert oder Auf der Suche nach einer anderen Moderne, in: Jürgen Osterhammel/Dieter Langewiesche/Paul Nolte (Hrsg.), Wege der Gesellschaftsgeschichte, Göttingen 2006, S. 103–132, hier S. 113. Schon Mooser hatte jedoch kritisiert, dass die „spezifisch historische Optik [...] aus der Warte des Kaiserreichs oder der Weimarer Republik“ Kontinuitäten der Arbeiterlage nicht erfassen könne. Vgl. Mooser, Arbeiterleben, S. 235.

102 Vgl. etwa Klaus Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr, Bonn-Bad Godesberg 1979, Dietmar Süß, Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 bis 1976, München 2003 sowie Arne Hordt, Kumpel, Kohle und Krawall. Miners' Strike und Rheinhausen als Aufruhr in der Montanregion, Göttingen 2018.

Wahl des Untersuchungsgegenstands indes eng mit der Genese des Forschungsfelds zusammen, habe doch erst der „Niedergang der alten Industriestrukturen [...] das verstärkte historische Interesse an ihnen“ hervorgerufen¹⁰³. Gerade in der Zeit des Niedergangs vollzogen daher Historikerinnen und Historiker eine Schließung des Arbeiterbegriffs durch die Tilgung all jener Mehrdeutigkeiten, die ihn laut Brockhaus doch von Beginn an begleitet hatten. Allein auf diese Weise konnte die vom gleichen Lexikon schon um die Jahrhundertwende konstatierte Sehnsucht nach Überwindung des ‚Arbeiters‘ eingelöst werden. Anders gesagt: Was Marx als Zukunftserwartung formuliert hatte, bescheinigte die Arbeitergeschichte nun der Vergangenheit, ohne dass es jemals zur Gegenwart geworden wäre: die Dominanz der Industriearbeiter. Der Zusammenbruch einer Ordnung hatte, wie von Charles Maier erwartet, zwar erkenntnisfördernd gewirkt, aber zugleich blinde Flecken produziert, welche verhinderten, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter im Dienstleistungssektor als solche erkannt wurden¹⁰⁴.

Von vierter Seite aus lassen sich schließlich *historiographiegeschichtliche* Argumente für das benannte zeitgeschichtliche Defizit der Arbeitergeschichte anführen. Generell beobachtete Jakob Tanner eine Loslösung der Sozialgeschichte „von ihrer anfänglichen Fixierung auf die Arbeiterinnen und Arbeiter“¹⁰⁵. Ralf Roth spitzte diesen Befund noch zu: Er sah die zunächst sozialgeschichtlich ausgerichtete Arbeitergeschichte gemäß der in ihr angelegten Entwicklungslogik auf die Arbeiteralltagsgeschichte der 1980er Jahre hinauslaufen. Diese habe ihrerseits den *cultural turn* befördert, dem wiederum die Arbeiterthematik zum Opfer gefallen sei. Zusätzlich habe die Ablösung der sozialliberalen durch die konservativ-liberale Koalition das öffentliche Interesse weg vom Arbeiteralltag hin zur Bürgertumsforschung gelenkt¹⁰⁶. Nach dieser Lesart ereilte die zeitgeschichtliche Phase der Arbeitergeschichte schlicht das Fatum des historisch zu spät Gekommenen.

103 Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 1012.

104 Vgl. Charles S. Maier, Consigning the Twentieth Century to History, in: AHR 105–3 (2000), S. 807–831, hier S. 809. Auch in Großbritannien hatte die weithin beachtete industriesoziologische Studie von John Goldthorpe und David Lockwood zum „affluent worker“ den anachronistischen Gegensatz von manueller und nicht-manueller Lohnarbeit festgeschrieben, gerade als die englische Arbeiterklasse im Zuge der einsetzenden Deindustrialisierung einen umfassenden Gestaltwandel vollzog. Vgl. Jon Lawrence, Workers’ testimony and the sociological reification of manual / non-manual distinctions in 1960s Britain, in: Sozial.Geschichte Online 20 (2017), S. 13–51, hier S. 22 f.

105 Jakob Tanner, Erfahrung, Diskurs und kollektives Handeln. Neue Forschungsparadigmen in der Geschichte der Arbeiterinnen und Arbeiter, in: Traverse 7–2 (2000), S. 47–67, hier S. 48.

106 Vgl. Ralf Roth, Tempi passati. Die kurze Konjunktur der Arbeiteralltagsgeschichte. Eine Reminiszenz, in: Dieter Hein/Klaus Hildebrand/Andreas Schulz (Hrsg.), Historie und Leben, München 2006, S. 161–173, hier S. 163–165, 172 f.

Interessanterweise vollzogen aber auch die seit den frühen 1990er Jahren hervorgebrachten kultur-, diskurs- oder globalgeschichtlichen Varianten der Arbeitergeschichte die etablierte zeitliche Schwerpunktsetzung nach. Auch dies ist zu erklären. Indem Thomas Welskopp etwa die Krise der Arbeitergeschichte zu einer „Generationenkrise“ erhob, war eine „Hermeneutik des Verdachts“ (Paul Ricœur) in Gang gesetzt, die eine Generalkritik der „Sozialgeschichte der Väter“ als angezeigt erscheinen ließ. Kritisiert wurde dabei nun einerseits das „theoretische Gerüst“, „die Geiselnahme der Arbeitergeschichte für aktuelle politische Auseinandersetzungen“ andererseits¹⁰⁷. Bewahrenswert erschien Welskopp dagegen das Klassenkonzept als analytischer Schlüssel, das freilich seinerseits modernisiert werden musste, sodass erneut das 19. Jahrhundert und die Frühphase des darauffolgenden Säkulums in den Fokus rückten¹⁰⁸. Die Frage nach dem Bewahrenswerten führte noch auf andere Weise weg von der Zeitgeschichte. Einige Historikerinnen und Historiker wie Helga Grebing, Jakob Tanner oder Wolfgang Ruppert folgten dem Narrativ des Endes vom ‚Arbeiter‘, bekannten sich aber zu dem Vorhaben, jene Grundwerte, die vormals von der Arbeiterbewegung vertreten worden waren, zu bergen, um somit einer Fortführung des progressiven Projekts der Aufklärung auch nach Verlust seines zeitweiligen Trägers ‚Arbeiter‘ den Boden zu bereiten¹⁰⁹. Ebenfalls vor dem Hintergrund des wahrgenommenen Verschwindens der Arbeiter sowie zusätzlich motiviert durch die zeitgenössische Herausforderung der Massenarbeitslosigkeit ist die Hinwendung zur Geschichte der Arbeit in den 1990er Jahren zu sehen. Um historisch fundiert feststellen zu können, wie „normal“ das für die Zeit des Booms prägende Arbeitsregime war, wurde der Blick zeitlich bis in die Antike geweitet und räumlich globalisiert¹¹⁰.

107 Thomas Welskopp, Von der verhinderten Heldengeschichte des Proletariats zur vergleichenden Sozialgeschichte der Arbeiterschaft – Perspektiven der Arbeitergeschichtsschreibung in den 1990er Jahren, in: 1999 8–3 (1993), S. 34–53, hier (Zitate) S. 34, 36, ders., Die Sozialgeschichte der Väter. Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft, in: GG 24–2 (1998), S. 173–198 sowie ders., Arbeitergeschichte im Jahr 2000. Bilanz und Perspektiven, in: Traverse 7–2 (2000), S. 15–31, hier S. 16 (Zitat).

108 Vgl. Thomas Welskopp, Ein modernes Klassenkonzept für die vergleichende Geschichte industrialisierender und industrieller Gesellschaften. Kritische Skizzen und theoretische Überlegungen, in: Karl Lauschnke/Thomas Welskopp (Hrsg.), Mikropolitik im Unternehmen: Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Großbetrieben des 20. Jahrhunderts, Essen 1994, S. 48–106.

109 Vgl. Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007, Tanner, Erfahrung, S. 63 sowie Wolfgang Ruppert (Hrsg.), Die Arbeiter. Lebensformen, Alltag und Kultur von der Frühindustrialisierung bis zum „Wirtschaftswunder“, München 1986.

110 Vgl. Hans Frambach, Arbeit im ökonomischen Denken. Zum Wandel des Arbeitsverständnisses von der Antike bis zur Gegenwart, Marburg 1999 sowie Jürgen Kocka/Claus Offe (Hrsg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit, unter Mitarbeit von Beate Redslob, Frankfurt a.M./New York 2000.

Auch wenn damit eine Abwendung sowohl von den Arbeitern als Akteuren wie auch von der Gegenwart als Untersuchungszeitraum einherging, führte die *Global Labour History* doch zurück in die europäische Zeitgeschichte, allerdings auf Umwegen¹¹¹. Mehr noch: Sie bot eine adäquate Grundlage, um die Festschreibung des ‚Arbeiters‘ auf den klassenbewussten Industriearbeiter zu problematisieren und ihn als Studienobjekt letzten Endes für die Zeitgeschichte zu öffnen. Wie der Geschichte der Arbeit lag auch diesem Vorhaben eine zweigliedrige Operation zugrunde. So fasste etwa Marcel van der Linden ‚Arbeiter‘ zunächst quasi-universell, um dann auf eine historisch spezifische Typenbildung abzielen, die die Herausforderung der Artenvielfalt der ‚Arbeiter‘ produktiv annimmt, anstatt sich einem Fortschrittsnarrativ unterwerfend nach Entwicklungen hin zum klassenbewussten ‚Arbeiter‘ zu suchen¹¹². Der Preis liegt allerdings in einer Überbetonung der Differenzen, die nicht nur die Frage nach der Verwendbarkeit des Arbeiterbegriffs als Analysekriterium aufwirft¹¹³, sondern auch die Verlaufsdimension von Geschichte allzu sehr in den Hintergrund drängt. Immerhin schützt eine solche Immunisierung des Gegenstandes diesen vor Bedeutungsverlust.

Es verwundert daher nicht, dass sich eine solche Vorgehensweise auch mit Blick auf die deutsche Nachkriegsgeschichte nachweisen lässt. Bernd Faulenbach entschied sich für eine allgemeine Verwendung des Arbeitnehmerbegriffs im Rahmen seines Oral-History-Projekts im wiedervereinigten Deutschland, während Peter Hübner diesen Begriff als ideologisch verwarf und eine konsequente Rede vom „Arbeiter“ einforderte¹¹⁴. Ihre Ansätze legen aber das Spannungsverhältnis dieser Begriffe durch definitorische Festlegung auf einen der beiden still. Dieses Dilemma vermeiden betriebszentrierte Studien, die hier kurz als weiteres Tor zur Zeitgeschichte angeführt seien. Sie konzeptualisieren Betriebe als Rahmen, innerhalb dessen sich Veränderungen der Machtbeziehungen, der Arbeitsformen, aber eben auch der Kategorie ‚Arbeiter‘ nachvollziehen lassen. In diesem Kontext warf

111 Vgl. etwa Niels P. Petersson, *Globalisierung und Arbeit*, in: Boris Barth/Stefanie Gänger/Niels P. Petersson (Hrsg.), *Globalgeschichten. Bestandsaufnahme und Perspektiven*, Frankfurt a.M. 2014, S. 259–289 sowie Raquel Varela/Hugh Murphy/Marcel van der Linden (Hrsg.), *Shipbuilding and Ship Repair Workers Around the World. Case Studies 1950–2010*, Amsterdam 2017.

112 Vgl. Marcel van der Linden, *Workers of the World. Essays toward a Global Labor History*, Leiden/Boston 2008, S. 17–37.

113 Vgl. zu van der Linden: Schmidt, *Arbeiter*, S. 31 sowie allgemein: Welskopp, *Arbeitergeschichte*, S. 19.

114 Vgl. Peter Hübner, *Arbeitergeschichte*, Version 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11.02.2010, <http://docupedia.de/zg/huebner_arbeitergeschichte_v1_de_2010> (16.05.2023) sowie Bernd Faulenbach, *Zu Fragehorizont und Fragestellungen*, in: ders./Annette Leo/Klaus Weberskirch, *Zweierlei Geschichte. Lebensgeschichte und Geschichtsbewußtsein von Arbeitnehmern in West- und Ostdeutschland*, Essen 2000, S. 11–30, hier S. 14–17.

Dietmar Süß die Frage auf, ob Ende der 1960er Jahre aus den oberpfälzischen Stahl- und Bergbauarbeitern nun „Arbeitnehmer“ geworden seien¹¹⁵. Zugleich zeigten sich hier die Grenzen des gewählten Ansatzes, da die Beantwortung dieser Frage einer stärkeren Berücksichtigung des gesellschaftspolitischen und diskursiven Kontextes bedarf, als es der betriebliche Rahmen eigentlich vorsieht.

Insgesamt deuten die Anzeichen darauf hin, dass die in den Eingangszitaten markierten Problematiken auch weiterhin von Bedeutung sind: Die bisher genannten Ansätze gehen zumeist von einer über hundertjährigen Kontinuität des ‚Arbeiters‘ aus, wobei die Idealtypisierung als klassenbewusster, malochender Industriearbeiter auf dem Stand der Verhältnisse des endenden 19. Jahrhunderts vollzogen wird. Auf dieser Grundlage wird tendenziell eine immer stärkere Abweichung vom Idealtyp festgestellt, woraus eine abnehmende Bedeutung des ‚Arbeiters‘ abgeleitet wird, da Kontingenz und mit ihr die Möglichkeit einer Neuinterpretation der ‚Arbeiter‘ aus dem Blick der Forschenden geraten¹¹⁶. Andererseits ist aber auch eine Tendenz hin zur Ausdifferenzierung der Arbeitergeschichte zu beobachten, die gleichsam unterhalb oder jenseits der Kategorie ‚Arbeiter‘ ansetzt¹¹⁷.

Sozial-, Gesellschafts- und Kulturgeschichte

Auch wenn die Arbeitergeschichte noch wenig zur Stellung der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Bundesrepublik zu sagen hat, findet sich die Frage nach dem Bedeutungsverlust der ‚Arbeiter‘ in Studien zur bundesdeutschen Sozialpolitik, in Untersuchungen zur Geschichte der SPD, der Gesellschaftsgeschichte, vornehmlich aber in zeitgenössischen soziologischen Arbeiten behandelt. Ihre Ergebnisse lassen sich grob in einen strukturzentrierten und einen eher kulturgeschichtlichen Erzählstrang bündeln – mit fließendem Übergang. Auch wenn selbst die kulturgeschichtlichen Varianten oft implizit von einer Irreversibilität auszugehen scheinen, sehen sie die Entwicklung doch als von Akteuren (mit)gesteuert an. Interessanterweise finden sich viele der Argumente, die für ein Verschwinden des ‚Arbeiters‘ in der Bundesrepublik in Anschlag gebracht werden, bereits in den verschiedenen Spielarten der Verbürgerlichungsthese, die sich im Gleichschritt mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert entwickelt hatten¹¹⁸.

¹¹⁵ Vgl. Süß, Kumpel und Genossen, Kap. V.2.

¹¹⁶ So auch etwa bei Schmidt, Arbeiter.

¹¹⁷ Vgl. etwa Jürgen Kocka, Möglichkeiten der Arbeitergeschichte, in: Maeder/Lüthi/Mergel, Sozialgeschichte, S. 43–53, hier S. 48–53.

¹¹⁸ Vgl. Hermann Bausinger, Verbürgerlichung – Folgen eines Interpretaments, in: Günter Wiegelmann (Hrsg.), Kultureller Wandel im 19. Jahrhundert. Verhandlungen des 18. Deutschen Volks-

Was die strukturzentrierten Ansätze betrifft, erwiesen sich Modernisierungstheorien, die meist auf einer hohen Abstraktionsebene argumentieren, als äußerst wirkmächtig¹¹⁹. So postulierte die seit der frühen Nachkriegszeit kursierende Tertiarisierungsthese in geradezu teleologischer Manier ein immer stärkeres Anwachsen des Dienstleistungssektors – und mit ihm der Zahl der Angestellten –, wohingegen der industriellen Produktion samt ihrer Arbeiterschaft eine Marginalisierung vorhergesagt wurde¹²⁰.

Die Logik der Notwendigkeit wohnte auch den sozialwissenschaftlichen Individualisierungsansätzen inne. Ulrich Beck koppelte diesen gar an die Ablösung der ersten durch eine „zweite“, „reflexive“ Moderne. Wie die Verbürgerlichungsthese setzte auch Beck auf der Ebene der Arbeitserfahrungen an. Wurden in der ersten Moderne laut Beck noch primäre, das heißt kollektiv geteilte und lebensweltlich verankerte Arbeitserfahrungen gemacht, sei die „reflexive Moderne“ geprägt von individuellen Erfahrungen, die er in Abgrenzung zu früher nicht mehr als Ergebnis einer bürgerlichen, sondern einer „Arbeitsmarkt-Individualisierung“ verstanden wissen wollte. Denn der Arbeitsmarkt, der mit der Ausweitung der Erwerbsarbeit nun weite Bevölkerungskreise erfasse, löse immer neue „Individualisierungsschübe“ aus. Sie wirkten umso stärker, als die Boomphase nach dem Krieg zu einem Abbau von Lohnarbeiterrisiken geführt hätte, die ihrerseits früher „lebensweltliche[] Gemeinsamkeiten“ ausgebildet hätten¹²¹. Schließlich strukturiere die „reflexive Moderne“ die Menschen auf neue Weise, da die unkontrollierbaren technologischen Folgeprobleme wie Smog oder atomare GAUs alle Menschen gleich treffe, sodass die Klassenstruktur weiter an Plausibilität verliere¹²².

Der Individualisierungsthese zuzuordnen sind daher ferner Konsum- und Bildungsgeschichtliche Erklärungen, die bisweilen zu einem generationellen Argu-

kunde-Kongresses in Trier vom 13. bis 18. September 1971, Göttingen 1973, S. 24–49 sowie Birgit Mahnke, *Verbürgerlichung. Die Legende vom Ende des Proletariats*, Frankfurt a. M./New York 1985.

¹¹⁹ Vgl. Doering-Manteuffel/Raphael, *Nach dem Boom*, S. 60 f.

¹²⁰ Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Fünfter Band: Bundesrepublik und DDR 1949–1990*, München 2008, S. 56 ff. Die Tertiarisierungsthese geht zurück auf Jean Fourastié, *Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts*, Köln 1954 [frz. Orig. 1949].

¹²¹ Vgl. Ulrich Beck, *Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten*, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten*, Göttingen 1983, S. 35–74, hier S. 41, 45 (jeweils Zitate, Hervorhebungen gelöscht), 63–65.

¹²² Vgl. Beck, *Risikogesellschaft*.

ment verdichtet werden¹²³. Hier ist auch Franz Walter zu nennen, dessen Diagnose des Verzichts auf soziale Semantiken seitens der SPD auf einem generationsgeschichtlich grundierten demographischen Argument aufruht. Denn der sprachliche Wandel der SPD hing aus seiner Sicht mit der um 1970 einsetzenden Abwanderung junger, durch Bildung aufgestiegener Arbeiterkinder zusammen, die nun ganz das „bürgerliche“ Leistungsdenken internalisiert hatten, wodurch den Arbeiterquartieren gleich in doppelter Hinsicht kompetente (Für)Sprecher verloren gingen¹²⁴. Lutz Raphael ergänzte diesen Befund durch ein sozialräumlich grundiertes demographisches Argument. Demnach führte die „Deindustrialisierung“ zu einer Verdrängung der Industriearbeiterschaft aus den Metropolen. Die politische Marginalisierung ging mit einer räumlichen Peripherisierung und Provinzialisierung der Arbeiterschaft einher¹²⁵.

Andere strukturzentriert argumentierende Autoren setzten mit ihren Studien dagegen auf der Mikroebene an. Unter Rekurs auf die zunehmende Technologisierung der Arbeitswelt prognostizierten etwa Horst Kern und Michael Schumann 1984 ein „Ende der Arbeitsteilung“, denn eine Beschränkung der Arbeitertätigkeiten auf rein ausführende Maßnahmen erscheine nun als Verschwendung von Produktivitätspotentialen¹²⁶. Eine weitere Annäherung von Arbeiter- und Angestelltentätigkeit schien mit dem Ende der körperlichen Schwerstarbeit erreicht zu sein¹²⁷. Beide Aspekte können auch mit der These von Luc Boltanski und Ève Chiapello in Einklang gebracht werden, die einen im Laufe der 1970er Jahre sich vollziehenden fundamentalen Wandel im „Geist des Kapitalismus“ feststellten. Kurz: Mit dem neuen Geist gehe eine völlig neue Logik, und zwar die des Netzwerkes, einher, nach der die Wirtschaft funktioniere. Damit seien auch alte Begriffe wie ‚Arbeiter‘ oder ‚Arbeitnehmer‘ hinfällig geworden, denn wie auch Beck gingen die beiden französischen Autoren von einem nivellierenden Grundzug der neuen Zeit aus¹²⁸.

Kaum einer dieser Ansätze blieb unwidersprochen, auch wenn zumeist bei grundsätzlicher Zustimmung zur Valenz der diagnostizierten basalen Wandlungs-

123 Vgl. Andreas Wirsching, Konsum statt Arbeit. Zum Wandel von Individualität in der modernen Massengesellschaft, in: VfZ 57–2 (2009), S. 171–199. Zum Bildungs- und Generationsargument vgl. Beaud/Pialoux, Verlorene Zukunft.

124 Vgl. Walter, Vorwärts, S. 21–27, 77. Der selbst aus einer Arbeiterfamilie stammende französische Soziologe Didier Eribon machte in seiner Autobiographie deutlich, dass der räumlichen Distanzierung bereits eine mentale vorausgegangen war. Vgl. Eribon, Rückkehr, S. 159.

125 Vgl. Raphael, Jenseits von Kohle, S. 458–466.

126 Vgl. Kern/Schumann, Ende der Arbeitsteilung, S. 322 ff.

127 Vgl. Wolfgang Hindrichs/Uwe Jürgenhake/Christian Kleinschmidt et al., Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre, Essen 2000.

128 Vgl. Boltanski/Chiapello, Der neue Geist.

prozesse nur eine stärkere Betonung von Kontinuitäten eingefordert wurde. So konnte etwa Lutz Raphael mit Verweis auf Regionen, die ihre industrielle Basis erhielten oder erst neu begründeten, ein Argument gegen ein allzu pauschales Deindustrialisierungsnarrativ anbringen¹²⁹. Stéphane Beaud und Michel Pialoux wiederum waren selbst in einem modernisierten Peugeot-Werk auf längst überwunden geglaubte tayloristische Arbeitsweisen gestoßen¹³⁰. Marxistisch ließ sich die empirisch feststellbare Angleichung von Arbeiter- und Angestelltentätigkeiten und deren Mentalitäten auch ganz anders deuten, nämlich als Offenbarung des Lohnarbeiterstatus von Angestellten. Demnach konnte unter der Bedingung, dass „die geläufige Verdrängung der Klassenfrage durch die *Kassenfrage* [d.h. der Zugehörigkeit zur BfA oder zu einer LVA – S.W.] ein Ende nähme“, von einer Verallgemeinerung des Arbeiterbegriffs ausgegangen werden. Zugleich erforderte dies, nicht länger die Arbeiter in Abgrenzung zu den Angestellten als idealtypischen ‚Lohnarbeiter‘ herauszustellen¹³¹.

Einer grundsätzlichen Kritik unterzog Jan-Otmar Hesse die Tertiarisierungsthese, indem er ihre teleologischen Anklänge mit Verweis auf die historisch je spezifischen „Strukturierungsleistungen der Akteure“ zurückwies¹³². Prinzipiell zu problematisieren sind die soziologischen Arbeiten insoweit, als sie „Sozialforschung als prognostische Affirmation“ betreiben¹³³. Das Dilemma strukturzentrierter Erklärungsansätze demonstrierte Josef Mooser in seiner Pionierstudie zum „Arbeiterleben in Deutschland“ sehr deutlich. Zwar stellte auch er ein „Ende der Proletarität“ und einer damit verbundenen Klassenpolitik fest, doch seien damit keineswegs die „objektiven“ Strukturelemente der „Arbeiterschaft“ verschwunden, im Gegenteil. Sie hatten sich bis in die 1970er Jahre gleichsam purifiziert, indem die Heiratskreise weiter geschlossen und klassische Nebenerwerbstätigkeiten wie die

129 Vgl. Raphael, Transformations, S. 107.

130 Vgl. Beaud/Pialoux, Verlorene Zukunft, S. 87 ff.

131 Vgl. Ulf Kadritzke, Angestellte als Lohnarbeiter. Kritischer Nachruf auf die deutsche Kragenlinie, in: Gert Schmidt/Hans-Joachim Braczyk/Jost von dem Knesebeck (Hrsg.), Materialien zur Industriosozilogie, Opladen 1982, S. 219–249, hier S. 224, 244 (Zitat, H. i. O.).

132 Vgl. Jan-Otmar Hesse, Ökonomischer Strukturwandel. Zur Wiederbelebung einer wirtschaftshistorischen Leitsemantik, in: GG 39–1 (2013), S. 86–115 (Zitat auf S. 114).

133 Clemens Albrecht, ‚Soziale Wirklichkeit‘. Helmut Schelsky und die Tragödie einer regulativen Idee, in: ZIG 7–2 (2013), S. 53–62, hier S. 58. Auch aus dem Fach selbst kamen Forderungen nach einer Selbstbeschränkung: „Vermeide Überverallgemeinerungen auf der Grundlage kurzer Zeitspannen. [...] Vermeide Überverallgemeinerungen auf der Grundlage einer einzigen Gesellschaft.“ Anthony Giddens, Klassenspaltung, Klassenkonflikt und Bürgerrechte. Gesellschaft im Europa der achtziger Jahre, in: Kreckel, Soziale Ungleichheiten, S. 15–33, hier S. 15 (Hervorhebungen gelöscht).

landwirtschaftliche aufgegeben wurden. Daher wollte er auch nicht vorschnell von einem Aufgehen der ‚Arbeiter‘ in der ‚Arbeitnehmerschaft‘ sprechen¹³⁴. Birgit Mahnkopf demonstrierte schließlich, wie systemtheoretische Bausteine das Festhalten am Arbeiterkonzept untermauern konnten, sofern sie kulturtheoretisch eingefasst wurden. Gemäß ihrer Lesart mussten sich Arbeiterinnen und Arbeiter zwar Kulturangebote ihrer bürgerlichen Umwelt aneignen, da diese aber von einem anderen Standpunkt und für andere Zwecke formuliert worden waren, seien sie nie völlig mit den spezifischen Arbeits- und Lebenserfahrungen der Arbeiterschaft in Einklang zu bringen¹³⁵.

Mooser und Mahnkopf lenken den Blick auf eher kulturgeschichtlich argumentierende Ansätze. Sie beleuchten, wie Akteure und Diskursverschiebungen zu einer Marginalisierung der Kategorie ‚Arbeiter‘ beitrugen. Als entscheidende Schritte werden hier der Verzicht der Nachkriegs-SPD auf den Wiederaufbau einer genuinen Arbeiterkultur sowie die Distanzierung vom Marxismus angesehen. Beides habe zur Integration der Arbeiterschaft in die bundesrepublikanische Ordnung beigetragen, wodurch die parlamentarische Demokratie direkt und indirekt stabilisiert worden sei¹³⁶. Denn es wurde, wie Paul Nolte zeigte, konservativen Intellektuellen ebenso wie dem „alten Mittelstand“ möglich, ihre Angst vor der „Masse“ abzulegen und sich auf das ordnungsstiftende, dabei demokratietaugliche Modell einer industriell-technischen Gesellschaft einzulassen. Gleichzeitig führte der Trend zur „Verberuflichung“ bei jungen Arbeitern dazu, dass sie sich nun nicht mehr als solche bezeichnen lassen wollten¹³⁷. Die späten 1960er Jahre seien daher, so Hans Günter Hockerts, politisch von einer Sehnsucht nach „ganzheitsorientierte[n] Leitbegriffe[n]“ geprägt gewesen. Die Vision einer „Arbeitnehmergesellschaft“ habe wiederum zum Abbau sozial- und arbeitsrechtlicher Unterschiede beigetragen¹³⁸. Die von der sozialliberalen Koalition ausgebauten gewerkschaftlichen betrieblichen und überbetrieblichen Mitgestaltungsmöglichkeiten führten laut Knud Andresen in der IG Metall zu einer Distanzierung der Funktionäre gegenüber den

134 Vgl. Mooser, Arbeiterleben. Zum „Arbeiterbauern“ vgl. Michael Prinz, Der Sozialstaat hinter dem Haus. Wirtschaftliche Zukunftserwartungen, Selbstversorgung und regionale Vorbilder: Westfalen und Südwestdeutschland 1920–1960, Paderborn u.a. 2012, S. 338–347.

135 Vgl. Mahnkopf, Verbürgerlichung, S. 250–260.

136 Vgl. etwa Julia Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003 sowie Klaus Tenfelde, Ende der Arbeiterkultur: Das Echo auf eine These, in: Wolfgang Kaschuba/Gottfried Korff/ Bernd Jürgen Warneken (Hrsg.), Arbeiterkultur seit 1945 – Ende oder Veränderung?, Tübingen 1991, S. 19–30, S. 29.

137 Vgl. Nolte, Ordnung, S. 305–307, 361–366.

138 Vgl. Hans Günter Hockerts, Rahmenbedingungen: Das Profil der Reformära, in: ders. (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Band 5: 1966–1974. Bundesrepublik Deutschland. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs, Baden-Baden 2006, S. 1–155, hier S. 9, 14, 56.

Mitgliedern. Man könnte auch sagen: Je stärker die rechtliche Ressource ‚Arbeitnehmer‘ wurde, desto unwichtiger wurden die Arbeiterinnen und Arbeiter¹³⁹. Doch auch die Beschäftigten selbst nutzten die neuen betrieblichen Partizipationschancen aus. Weil sie nun, so Lutz Raphael, ihre Interessen im Betrieb besser verwirklichen konnten, zogen sich die Arbeiter immer weiter von der politischen Bühne zurück¹⁴⁰.

Ganz freiwillig war dieser Rückzug indes nicht. Anja Kruke zeigte auf, wie Demoskopien die Kategorie ‚Arbeiter‘ seit den 1960er Jahren immer stärker zergliederten. Schließlich machte das Versprechen, auf dem Wählermarkt relevante Zielgruppen immer präziser erfassen zu können, das Geschäftsmodell der Meinungsforscher aus¹⁴¹. Zu Beginn der 1980er Jahre stellte der Soziologe Wilke Thomssen einen ganz ähnlichen Prozess der Komplexitätssteigerung in seinem eigenen Fach fest, der dem methodologischen Wandel weg vom Objekt hin zur Subjektivität entsprungen sei. Das bis dahin intensiv erforschte Konzept des ‚Arbeiterbewusstseins‘ habe mit diesem Wandel nicht Schritthalten können. Denn die damit verknüpfte Prämisse, Arbeitermassen ließen sich durch die Schaffung des richtigen Bewusstseins politisch steuern, erschien nun unterkomplex¹⁴². Lutz Raphael verzeichnete im Rückblick ebenfalls eine allgemeine Delegitimation traditioneller, auf ‚Arbeiter‘ hin ausgerichteter „Mobilisierungssprachen“, die er mit der Pluralisierung soziologischer Deutungsangebote in Verbindung brachte. Noch mehr an Wert verlor die Arbeiterschaft für die Politik laut Raphael aufgrund ihres Verschwindens aus den Medien. Denn seit den 1980er Jahren traten Arbeiterinnen und Arbeiter nur noch selten mit spektakulären Aktionen in Erscheinung, wodurch sie die „mediale[] Logik der Ereignisorientierung“ nicht mehr bedienten¹⁴³. Stattdessen traten nun neue Akteure und Themen auf den Plan. So lancierte die CDU in den 1970er Jahren eine Debatte um die „Neue Soziale Frage“, später lenkten die „Neuen

139 Die gleichzeitige Hinwendung der Gewerkschaftsjugend zu traditionellen Klassensprachen deutete er wiederum als eine symbolische Kompensation des realen Bedeutungsverlusts der Arbeiterschaft. Vgl. Knud Andresen, *Gebremste Radikalisierung. Die IG Metall und ihre Jugend 1968 bis in die 1980er Jahre*, Göttingen 2016, S. 251–267, 547–556.

140 Vgl. *ibid.*, S. 200, 247–294, 471.

141 Vgl. Anja Kruke, *Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990*, Düsseldorf 2007, S. 344–362.

142 Vgl. Wilke Thomssen, „Die Konstitution des Klassenbewusstseins“. Vom Altern eines wissenschaftlichen Anspruchs, in: Schmidt/Braczyk/von dem Knesebeck, *Materialien*, S. 313–328, hier S. 320–323.

143 Raphael, *Jenseits von Kohle*, S. 106–117. Zitate auf S. 112 und 115.

Sozialen Bewegungen“, aber auch die als strukturelle Krise empfundene Arbeitslosigkeit die Aufmerksamkeit von den ‚Arbeitern‘ ab¹⁴⁴.

Auch an diesen Ansätzen ist Kritik zu üben, wobei sich diese, erstens, auf die ungeklärte Reichweite erstreckt. So räumte Kruke ein, dass die immer weitere demoskopische Segmentierung des potentiellen Wählermarktes sich in der Wahlkampfpraxis kaum umsetzen ließ. Tatsächlich kann mit Blick auf die Wahlkämpfe in den 1970er Jahren ein ständiger Bedeutungszuwachs von ‚Arbeitern‘ in den Wahlwerbespots verzeichnet werden, der Höhe- und Wendepunkt war erst 1983 erreicht. „Bürgerliche“ tauchten laut Thomas Mergel dagegen nicht auf¹⁴⁵. Dies weist, zweitens, auf die anhaltende Präsenz des Konzepts der ‚Arbeitnehmergesellschaft‘ im zeitgenössischen Diskurs hin. Da dieser Sachverhalt noch nicht hinreichend erforscht ist, müssen hier noch Untersuchungen von konkreten Handlungspraktiken in unterschiedlichen Feldern Abhilfe schaffen. Drittens bleiben auch die vorgestellten Ansätze perspektivisch eng an die Modernisierungstheorie angelehnt, die in Studien bisweilen als „Realität“ argumentativ zum Vorschein kommt¹⁴⁶. Dies wiederum führt zu einer vorschnellen Schließung offener Fragen, da Konflikte nicht weiter problematisiert, sondern „objektiv“ entschieden werden. Die Erwartung beziehungsweise das retrospektive Wissen um das unvermeidliche Ende der ‚Arbeiter‘ schreibt sich so in Wertungen mit ein. Dagegen ist, viertens, auf Studien zu verweisen, die auf die zwar gewandelte, aber ungebrochene Prägekräft von Arbeit verweisen¹⁴⁷ oder gar das Fortbestehen der Arbeiter(klasse) nachweisen

144 Vgl. Geyer, Rahmenbedingungen, S. 25f., 30–34, Marcel Boldorf, Die „Neue Soziale Frage“ und die „Neue Armut“ in den siebziger Jahren. Sozialhilfe und Sozialfürsorge im deutsch-deutschen Vergleich, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 138–156 sowie Franz-Josef Brüggemeier, Die Rache des Bürgertums an der Arbeiterbewegung? Umweltbewegung, Umweltgeschichte und soziale Frage, in: Maeder/Lüthi/Mergel, Sozialgeschichte, S. 178–186, hier S. 185f.

145 Vgl. Kruke, Demoskopie, S. 358, Thomas Mergel, Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990, Göttingen 2010, S. 186 sowie Christina Holtz-Bacha, Wahlwerbung als politische Kultur. Parteienspots im Fernsehen 1957–1998, Wiesbaden 2000, S. 94f., 216f.

146 So etwa bei Nolte, Ordnung, S. 403: „[W]ir profitieren noch immer von jenem ‚ent-utopisierten‘, realistischen Gesellschaftsbild, das sich in den Nachkriegsjahrzehnten mühsam herausgebildet hat.“

147 Vgl. Peter-Paul Bänziger, Arbeiten in der „Konsumgesellschaft“. Arbeit und Freizeit als Identitätsangebote um die Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts, in: Lars Bluma/Karsten Uhl (Hrsg.), Kontrollierte Arbeit – disziplinierte Körper? Zur Sozial- und Kulturgeschichte der Industriearbeit im 19. und 20. Jahrhundert, Bielefeld 2012, S. 107–136 sowie Jörg Neuheiser, Der „Wertewandel“ zwischen Diskurs und Praxis. Die Untersuchung von Wertvorstellungen zur Arbeit mit Hilfe von betrieblichen Fallstudien, in: Bernhard Dietz/Christopher Neumaier/Andreas Rödder (Hrsg.), Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren, München 2014, S. 141–167, hier S. 146.

wollen. Im Anschluss an Bourdieu ließ sich etwa argumentieren, dass der Habitus noch immer objektiv den Klassencharakter der Gesellschaft zeige (auch wenn Bourdieu den Habitus sinnigerweise als „Gegenwart der Vergangenheit“ charakterisierte)¹⁴⁸.

Statt Fragen nach Verschwinden oder Fortbestand von ‚Arbeitern‘ definitiv beantworten zu wollen¹⁴⁹, werden in einigen Studien Semantiken und Ordnungsvorstellungen thematisiert¹⁵⁰. Sie werden dabei nicht anhand ihres „Realitätsgehalts“ bewertet, sondern es treten relationale Beziehungen in den Fokus¹⁵¹. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage thematisch, welche Bedeutung ‚Arbeiter‘ für bestimmte Akteure in spezifischen Kontexten annehmen konnten¹⁵². Sie alle leisten wichtige Beiträge zur vorliegenden Fragestellung, bleiben aber „sektorale“ Studien¹⁵³, indem sie meist nur einen Bereich – Gewerkschaft, Streik oder Branche – in Betracht ziehen. Wegweisend ist hier die als Synthese angelegte Studie von Lutz Raphael. Für den Zeitraum 1970 bis 2000 verglich er die Entwicklung der Arbeiterschaft multiperspektivisch und länderübergreifend¹⁵⁴. Gleichwohl galt das

148 Vgl. Pierre Bourdieu, *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*, Frankfurt a. M. 1993 [frz. Orig. 1980], S. 116, Hans-Günter Thien, *Die verlorene Klasse – ArbeiterInnen in Deutschland*, Münster 2010, Frank Deppe/Klaus Dörre, *Klassenbildung und Massenkultur im 20. Jahrhundert*, in: Tenfelde, Arbeiter, S. 726–771, Michael Vester, *Auf der Suche nach dem „demokratisierenden Subjekt“*. Zur Veränderung des sozialen Raums und des Habitus sozialer Klassen in der Bundesrepublik 1950–1989, in: Kaschuba/Korff/Warneken, *Arbeiterkultur*, S. 152–166 sowie Wolfgang Kaschuba, *Arbeiterkultur heute: Ende der Transformation?*, in: *ibid.*, S. 31–57. Die Denkfigur der „Metamorphose“ wiederum erlaubte eine Vermittlung von Wandel und Kontinuität. Vgl. Castel, *Metamorphosen*.

149 Ähnliches lässt sich in der Bürgertumsforschung beobachten. Vgl. etwa Cornelia Rauh, *Bürgerliche Kontinuitäten? Ein Vergleich deutsch-deutscher Selbstbilder und Realitäten seit 1945*, in: HZ 287–2 (2008), S. 341–362 sowie Manfred Hettling/Bernd Ulrich (Hrsg.), *Bürgertum nach 1945*, Hamburg 2005.

150 Vgl. Timo Luks, *Der Betrieb als Ort der Moderne. Zur Geschichte von Industriearbeit, Ordnungsdenken und Social Engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2010 sowie Andresen/Bitzegeio/Mittag, *Strukturbruch*.

151 Vgl. etwa Alex Gertschen, *Klassenfeinde – Branchenpartner? Unternehmer und Gewerkschaft der westdeutschen Textilindustrie vor der Herausforderung der Internationalisierung, 1949–1979*, Baden-Baden 2013, Karl Christian Führer, *Gewerkschaftsmacht und ihre Grenzen. Die ÖTV und ihr Vorsitzender Heinz Kluncker 1964–1982*, Bielefeld 2017 sowie Müller, DAG.

152 Vgl. Nolte, *Ordnung. Aus der Perspektive gewerkschaftlicher Angestelltenarbeit*: Stefan Müller, *Gewerkschafter, Sozialist und Bildungsarbeiter. Heinz Dürrbeck (1912–2001)*, Essen 2010, Kap. V sowie Müller, DAG, Kap. 15. Arps widmete sich linken Fabrikinterventionen der 1970er Jahre und zeichnete dabei auch die Veränderungen im „Arbeiterbild“ der Aktivisten nach. Vgl. Arps, *Früh-schicht. Die Konstitution der ‚Arbeiterklasse‘ im Streik* untersuchte Birke, *Wilde Streiks*.

153 Vgl. Doering-Manteuffel/Raphael, *Nach dem Boom*, S. 91.

154 Vgl. Raphael, *Jenseits von Kohle*.

Hauptaugenmerk seiner Gesellschaftsgeschichte dem Typus des ‚Industriearbeiters‘, nicht den Veränderungen des Arbeiterbegriffs.

So lassen sich weiterhin Desiderate benennen: Die Arbeitergeschichte ist noch stärker innerhalb der Zeitgeschichte zu verankern, wobei eine Orientierung am klassenbewussten Industriearbeiter des 19. Jahrhunderts hierbei nicht zielführend ist. Vielmehr ist die Frage nach ‚Arbeitern‘ aus der Perspektive einer „Problemgeschichte der Gegenwart“¹⁵⁵ heraus anzulegen, die einerseits Kosten wie Chancen eines Abschieds vom ‚Arbeiter‘ thematisiert, dadurch andererseits konkrete (De) Konstruktionsleistungen seitens historischer Akteure in den Blick nimmt, sodass bisher als vermeintliche Basisprozesse herangezogene Erklärungen hinterfragt werden können. Für dieses Unterfangen sind schließlich Ansätze zu entwickeln, die eine Alternative zu „sektoralen“ Herangehensweisen bieten, und die auch die Rolle der Medien stärker als bisher in Betracht ziehen. Gerade für die Zeitgeschichte ist dies unerlässlich.

1.5 Methodisches Vorgehen

Wie bereits angedeutet, soll in der vorliegenden Untersuchung ‚Arbeiter‘ als eine Kategorie gesellschaftlichen Wissens gefasst werden. Welche methodischen Vorteile liegen darin und welche Konsequenzen hat dies? Zunächst kann der ‚Arbeiter‘ nicht einfach verloren gehen. Das Wissen um ihn gerät vielleicht in Vergessenheit, kann aber jederzeit aktualisiert werden. Wenn Geoff Eley mit Blick auf die empirische Heterogenität der Arbeiterklasse und der andauernden Notwendigkeit, sie aktiv als politische Einheit zu formen, die Diskontinuität als historischen Normalfall herausstellte¹⁵⁶, so rückt das weiter gefasste Konzept des gesellschaftlichen Wissens die Annahme von Dauerhaftigkeit wieder in den Vordergrund. Anders gesagt: Auch wenn sich niemand mehr die Identität ‚Arbeiter‘ konkret aneignet, hat dies auf die epistemische Ressource zunächst keine große Auswirkung. Erst langfristig stellt sich die Frage, ob sich ‚Arbeiter‘ ohne eine solche Inkarnation rein diskursiv stabilisieren lässt. ‚Arbeiter‘ als Wissen zu fassen, greift also genau den Gedanken wieder auf, der auch der Operationalisierung der Fragestellung zugrunde lag: Wenn Kontinuität der Normalfall ist, wird das Verschwinden nicht leichtfertig als gegeben akzeptiert.

¹⁵⁵ Doering-Manteuffel/Raphael, Nach dem Boom, S. 7f.

¹⁵⁶ Vgl. Geoff Eley, *Forging Democracy: The History of the Left in Europe, 1850–2000*, Oxford u. a. 2002, S. 397 ff. Er steht unverkennbar in der Tradition von Edward P. Thompson, *The Making of the English Working Class*, New York 1963.

Zugleich verschafft der Verzicht auf jedwede Essentialisierung gedankliche Freiheit: Die Entwicklung des ‚Arbeiters‘ ist prinzipiell offen, in ihm sind keine Charakteristika angelegt, die früher oder später zur Entfaltung kommen müssen. Auf diese Weise lässt sich auch die systemtheoretische Orientierung der klassischen Arbeitergeschichte überwinden, deren Privilegierung von Fragen der Repräsentativität und Vergleichbarkeit recht statische Untersuchungsdesigns hervorbrachte, die nur einen Betrieb, eine Branche oder eine Region in den Blick kommen ließen. Die Fassung des ‚Arbeiters‘ als gesellschaftliches Wissen öffnet überdies das Akteurstableau für jene Gruppen, die wie etwa Wissenschaftlerinnen, Künstler oder Journalisten in der Arbeitergeschichte bislang weniger Beachtung gefunden haben¹⁵⁷. Es sind Gruppen, die aufgrund ihrer Diskursmacht die gesellschaftliche Aushandlung der Bedeutung des ‚Arbeiters‘ maßgeblich beeinflussen können. Die damit verbundene Kehrseite, die auch in der vorliegenden Studie zum Vorschein kommt, liegt in der Marginalisierung derjenigen, die sich selbst als Arbeiterin oder Arbeiter verstehen. Den kleinen Leuten einen Platz in der Geschichte zu verschaffen, ist jedoch das traditionelle Anliegen der Arbeitergeschichte. Dass ich damit nun breche und die gesellschaftlichen Machtverhältnisse reproduziere, erscheint mir dennoch begründet. So lässt sich der Anschein vermeiden, als existierten authentische ‚Arbeiter‘, die als Bewertungsmaßstab für die gesellschaftlichen Arbeiterbilder taugten. Vielmehr unterliegen auch die Arbeiterinnen und Arbeiter dem gesellschaftlichen Aushandlungsprozess, den sie freilich durch individuelles oder kollektives Handeln zu beeinflussen suchen können. Und sofern solche Interventionen in den Quellen einen Niederschlag gefunden haben, erhalten sie auch in meiner Arbeit Raum.

Als Methodologie bietet sich für mein Vorhaben die „Wissensgeschichte“ an. Als herausragendes Merkmal von „Wissen“ definierte Philipp Sarasin dessen „Zirkulation“, und zwar „über institutionelle, soziale, politische oder auch geographische Grenzen hinweg“. „Wissen“ konstituiert mithin einen „Zusammenhang“, wodurch eine Dynamisierung des Untersuchungsfeldes möglich wird¹⁵⁸. ‚Arbeiter‘ kann sich als Wissen in sehr unterschiedlichen Institutionen ebenso wie in diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken materialisieren. Auch wenn sich die Bindung des ‚Arbeiters‘ an ausschließlich *einen* Typus wie den ‚Malocher‘, *einen* geographischen Punkt wie ein Betrieb oder eine Region, *eine* Institution wie eine Partei oder

157 Vgl. auch Raphael, *Jenseits von Kohle*, S. 93.

158 Philipp Sarasin, Was ist Wissensgeschichte?, in: IASL 36–1 (2011), S. 159–172, hier S. 160–164, Zitat auf S. 164. Vgl. zudem Achim Landwehr, Das Sichtbare sichtbar machen. Annäherungen an ‚Wissen‘ als Kategorie historischer Forschung, in: ders. (Hrsg.), *Geschichte(n) der Wirklichkeit. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte des Wissens*, Augsburg 2002, S. 61–89.

Gewerkschaft überwinden lässt, bleiben solche Entitäten konstitutiv. Sie schaffen zuallererst die angesprochenen Grenzen und damit die zu untersuchenden Differenzierungsmöglichkeiten. Aus dieser „unvermeidliche[n] Verhakung des Wissens mit seinen wechselnden Orten und ‚partialen Perspektiven‘“ speist sich der „grundsätzlich hybrid[e]“ Charakter von Wissen¹⁵⁹. Lokalitäten und damit Kontexten kommt somit eine größere Rolle zu als beispielsweise in der Diskurs- oder Begriffsgeschichte¹⁶⁰. Schließlich erlaubt die Wissensgeschichte, das Denken in Mikro-, Meso- und Makroebenen zu überwinden. Wenn Wissen zwischen den unterschiedlichsten Entitäten zirkuliert, kann Gesellschaft als ein Netzwerk gedacht werden, in dem alle Punkte miteinander gekoppelt sind, ohne damit den Machtaspekt ausblenden zu müssen. Er bleibt über die spezifische Kommunikationsstärke operationalisierbar, die sich ihrerseits in die basalen Punkte Reichweite und direkte/indirekte Verbindung unterteilen ließe¹⁶¹. Somit kann ein einzelner Arbeiter mit gleichem Recht wie ein Betrieb oder ein Ministerium in die Untersuchung aufgenommen werden, ohne in Gleichmacherei zu verfallen.

Gerade weil die Wissensgeschichte in vielerlei Hinsicht entgrenzend wirkt, bedarf es weiterer Ansätze, um die Untersuchung plausibel zu strukturieren. Zur Binnendifferenzierung des Untersuchungsraums bietet sich dessen Unterteilung in „soziale Felder“ (Pierre Bourdieu) an¹⁶². Eine Abgrenzung nach außen kann das Konzept der „Kommunikationsgemeinschaften“ leisten¹⁶³, wobei die Festlegung empirisch zu erfolgen hat. So zeigten die untersuchten Quellen, dass die westdeutsche Kommunikationsgemeinschaft im Untersuchungszeitraum der zentrale Bezugspunkt war.

Ein letzter zu klärender Punkt betrifft die Kontextualisierung. Sarasin eröffnete die Möglichkeit hierzu, wie erwähnt, durch die Betonung der Hybridität von Wissen. Die Notwendigkeit der Kontextualisierung begründet sich aus einer Gefahr, die dem Netzwerkkonzept entspringt, dem die Wissensgeschichte selbst sehr na-

159 Sarasin, Wissensgeschichte, S. 166.

160 Vgl. Achim Landwehr, *Historische Diskursanalyse*, Frankfurt a. M./New York 2008, S. 72.

161 Vgl. Thomas Welskopp, Die Dualität von Struktur und Handeln. Anthony Giddens' Strukturierungstheorie als „praxeologischer“ Ansatz in der Geschichtswissenschaft, in: ders., *Unternehmen Praxisgeschichte. Historische Perspektiven auf Kapitalismus, Arbeit und Klassengesellschaft*, Tübingen 2014 [2001], S. 55–76, hier S. 70–72 sowie ders., Klasse als Befindlichkeit? Vergleichende Arbeitergeschichte vor der kulturhistorischen Herausforderung, in: *Afs* 38 (1998), S. 301–336, hier S. 327f.

162 Vgl. Holger Dainat, Literatur – Wissen(schaft) – Geschichte, in: *IASL* 36–1 (2011), S. 177–182, hier S. 180.

163 Vgl. Franziska Metzger, *Geschichtsschreibung und Geschichtsdenken im 19. und 20. Jahrhundert*, Bern/Stuttgart/Wien 2011, S. 93ff.

hesteht. Zugespitzt ausgedrückt ist ein Außen des Netzwerks nicht denkbar¹⁶⁴, denn seine Elemente können in sinnhafter Weise nicht außerhalb des Netzes existieren, definiert sie doch erst ihre spezifische Position im Netz. Diese Perspektive verleitet aber leicht dazu, dass „die Eigenschaften der Beteiligten nicht mehr berücksichtigt w[er]den [...], sondern nur die relationellen Eigenschaften“¹⁶⁵. Eine solch radikale Auslegung des Netzwerkansatzes schränkt jedoch ohne Not Erkenntnismöglichkeiten ein, die sich durch die Einbettung des Untersuchungsgegenstands in unterschiedliche Kontexte leicht erschließen lassen. Drei solcher Kontexte kommen in Betracht, um mögliche Veränderungen im Umgang mit der Kategorie ‚Arbeiter‘ zu erklären: Einerseits können die „Eigenschaften der Beteiligten“, die über ihre Beschäftigung mit den ‚Arbeitern‘ hinausweisen, in den Blick genommen werden. Auch die mediale Berichterstattung über die Akteure kann aufschlussreich sein. Andererseits bieten sich zwei weitere Kontexte an, die mit der Kategorie ‚Arbeiter‘ verwoben sind. Wie eingangs erwähnt, stellte der Arbeitnehmerbegriff in der Bundesrepublik einen wichtigen Bezugspunkt für die Auseinandersetzung mit dem Arbeiterbegriff dar. Die Art und Weise, wie Akteure ‚Arbeitnehmer‘ konzipierten, dürfte daher Aufschluss über ihren Umgang mit den ‚Arbeitern‘ liefern. Drittens sollen Modernevorstellungen miteinbezogen werden, kann der ‚Arbeiter‘ als Kategorie gesellschaftlichen Wissens doch als ein genuines Phänomen der Moderne gelten. Und womöglich musste *der* ‚Arbeiter‘ konzeptionell zum Verschwinden gebracht werden, um den Beginn einer neuen Zeit einläuten zu können. Es bietet sich daher an, als Heuristik zwischen Moderne und Postmoderne zu unterscheiden, um zu diskutieren, ob der ‚Arbeiter‘ tatsächlich veraltet war und folglich nicht mehr in die neue Zeit passte, wie viele Zeitgenossen glaubten.

Wie lassen sich aber so notorisch uneindeutige Konzepte wie Moderne und Postmoderne in greifbare Indikatoren übersetzen? Ein Ansatzpunkt bietet die Debatte um „Einheit“ oder „Vielfalt“, welche die soziologischen Beschreibungsversuche der Moderne seit jeher prägte¹⁶⁶. Ihre Varianten speisen auch die neueren Ansätze: Peter Wagner deutete die Moderne als „Koexistenz“ der Diskurse um Freiheit und Disziplin, während für Andreas Reckwitz die Dualität zwischen dem

164 Vgl. Alexander Friedrich, *Metaphorologie der Vernetzung. Zur Theorie kultureller Leitmetaphern*, Paderborn 2015, S. 361.

165 Vgl. Boltanski/Chiapello, *Der neue Geist*, S. 196 f., 200 (Zitat).

166 Vgl. Benjamin Ziemann, *Die Metaphorik des Sozialen. Soziologische Selbstbeschreibungen westeuropäischer Gesellschaften im 20. Jahrhundert*, in: Lutz Raphael (Hrsg.), *Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert*, unter Mitarbeit von Clelia Caruso, Köln/Weimar/Wien 2012, S. 193–227, hier S. 197–206.

„Allgemeinen“ und „Besonderen“ die Grundstruktur jener Epoche ausmachte¹⁶⁷. Übertragen auf das Feld der Epistemologie stellt sich die Frage, ob die Welt in ihrer Eigentlichkeit erkennbar und beschreibbar oder in einen undurchdringbaren Schleier aus Sprache gehüllt sei¹⁶⁸. Wie sich das Kräfteverhältnis zwischen erkenntnistheoretischem Realismus und Konstruktivismus entwickelte, lässt sich an der gesellschaftlichen Stellung der Wissenschaft ablesen. Weite Teile des 20. Jahrhunderts sah Lutz Raphael von einem Trend zur „Verwissenschaftlichung des Sozialen“¹⁶⁹ geprägt, was für eine Dominanz des Realismus spricht. 1983 machte der Soziologe Peter Weingart hingegen die „Politisierung der Wissenschaft“ – für meine Zwecke scheint mir der Ausdruck Sozialisierung der Wissenschaft passender – als Gegentrend aus¹⁷⁰. Auch Andreas Reckwitz beobachtete eine Ende der 1970er Jahre einsetzende Ablösung der „Logik des Allgemeinen“ durch die „Logik des Besonderen“ als vorherrschender gesellschaftsprägender Kraft¹⁷¹.

Wie es scheint, lassen sich die Dichotomien nach Maßgabe der Dominanz ihrer Bestandteile in einen chronologischen Ablauf bringen und auf diese Weise Indikatoren für Moderne und Postmoderne formulieren: Für die Moderne stehen Realismus, Verwissenschaftlichung des Sozialen und die Logik des Allgemeinen, für die Postmoderne Konstruktivismus, Sozialisierung der Wissenschaft und die Logik des Besonderen. Das landläufige Verständnis des ‚Arbeiters‘ würde ihn wohl fest in der Moderne verorten: Er ist konkret, eindeutig erkennbar, Objekt der Erforschung und Ausdruck des Allgemeinen. Es wird zu zeigen sein, ob diese Vor-Urteile haltbar sind.

167 Vgl. Peter Wagner, *Soziologie der Moderne. Freiheit und Disziplin*, Frankfurt a.M./New York 1995, S. 12–16 sowie Andreas Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten*, Berlin 2017.

168 Vgl. Ute Daniel, *Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter*, Frankfurt a.M. 2014 [2001], bes. S. 381–389, 408–418 sowie Georg Kneer, *Die Debatte über Konstruktivismus und Postkonstruktivismus*, in: ders./Stephan Moebius (Hrsg.), *Soziologische Kontroversen. Beiträge zu einer anderen Geschichte der Wissenschaft vom Sozialen*, Berlin 2010, S. 314–341.

169 Vgl. Lutz Raphael, *Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts*, in: GG 22–2 (1996), S. 165–193.

170 Vgl. Peter Weingart, *Verwissenschaftlichung der Gesellschaft – Politisierung der Wissenschaft*, in: ZfS 12–3 (1983), S. 225–241. Vgl. zudem Mitchell G. Ash, *Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert*, in: AfS 50 (2010), S. 11–46 sowie Roberto Sala, *Verwissenschaftlichung des Sozialen – Politisierung der Wissenschaft? Zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts*, in: BWG 40–4 (2017), S. 333–349.

171 Vgl. Reckwitz, *Gesellschaft*.

1.6 Fallstudien, Quellen und Aufbau der Arbeit

Fallstudien

Um ein möglichst breites Spektrum abzubilden, soll die Entwicklung des Arbeiterkonzepts in den Feldern Kultur, Gesellschaftspolitik, Wirtschaft und Recht sowie Wissenschaft nachverfolgt werden. Ich interessiere mich dabei für Akteure und Institutionen, die über eine vergleichsweise hohe kommunikative Reichweite verfügten und sich, wenn möglich, auch mit dem Arbeitnehmerkonzept beschäftigten. Nicht jeder Fallstudie wird dasselbe Maß an Aufmerksamkeit zuteilwerden. Nicht nur variierte die jeweils verfügbare Quellengrundlage, sondern auch meine zur Verfügung stehende Arbeitszeit. Überdies ist die getroffene Auswahl nicht repräsentativ und kann es, wie erwähnt, auch gar nicht sein. Es handelt sich bei der vorliegenden Studie somit auch nicht um *die* Geschichte der ‚Arbeiter‘ in der Bundesrepublik, sondern um einige der vielen Geschichten, die zu erzählen sind.

Im Feld der *Gesellschaftspolitik* fiel meine Wahl auf den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Gewerkschaften. Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern zählten im Untersuchungszeitraum zu ihren Mitgliedern, doch verstanden sich diese Gewerkschaften explizit als Arbeitnehmerorganisationen. Besondere Beachtung wird dabei der DGB als Dachverband finden. Aus wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive ist dieser besonders reizvoll, denn er fungiert als Aushandlungsplattform für die Einzelgewerkschaften, die wiederum in sehr unterschiedlichen Branchen agieren und folglich je spezifisches Wissen in die Diskussionen einbringen. Ein Ergebnis dieser Aushandlungen war die Gründung einer besonderen gewerkschaftlichen Betreuung für die Arbeiterschaft durch einen Beschluss des Außerordentlichen Bundeskongresses 1971. Diese „Personengruppe Arbeiter“ musste gegen starke Widerstände aufgebaut werden, brachte zwischen 1975 und 1985 einige bemerkenswerte arbeiterpolitische Ansätze hervor, um 1990 wieder abgewickelt zu werden.

Das Feld *Kultur* lege ich weit aus, um auch die Massenmedien zu erfassen. Das Magazin „Der Spiegel“ wies als bundesrepublikanisches Leitmedium zwar keine spezifische Affinität zur Arbeiterthematik auf, doch eröffnet sich gerade dadurch die Möglichkeit, mit den Mitteln der Begriffsgeschichte den öffentlichen Resonanzraum für ‚Arbeiter‘ und ‚Arbeitnehmer‘ über einen recht langen Zeitraum hinweg zu vermessen. Ergänzend ziehe ich als eine explizite künstlerische Auseinandersetzung mit dem Arbeitersujet einige der Arbeiterfilme heran¹⁷², die der Westdeutsche Rundfunk (WDR) in den frühen 1970er Jahren produzieren ließ.

172 Diese Fallstudie musste für die vorliegende Publikation stark gekürzt werden. Es ist geplant, sie zu einem späteren Zeitpunkt als eigenständige Monographie zu veröffentlichen.

Große Resonanz im Feuilleton lösten die Filme von Christian Ziewer und Klaus Wiese aus, die der „Berliner Schule“ angehörten. Deren Werke entstanden in einer Konstellation, die dem Konzept der ‚Arbeitnehmergesellschaft‘ sehr nahekommt, doch vermittelten sie ein ganz anderes Arbeiter- und Gesellschaftsbild. Das Genre Arbeiterfilm fand bereits Mitte des Jahrzehnts sein Ende, zumeist wird es als politisch motiviert dargestellt. Dieses Narrativ gilt es zu überprüfen, indem die Widersprüche zwischen Produktionsbedingungen und dem vermittelten Arbeiterbild stärker in Rechnung gestellt werden.

Diese beiden Felder bilden das empirische Rückgrat der Arbeit, wobei der Gewerkschaftsgeschichte und der Begriffsgeschichte vergleichsweise großes Gewicht zukommen wird. Die Felder *Recht* und *Wirtschaft* sind für die Arbeiterthematik zentral, doch mussten sie aus pragmatischen Gründen zusammengefasst werden. Ich werde drei Ereignisse aus den Jahren 1968 bis 1970 herausgreifen, die exemplarisch das Potential einer Verwirklichung des einheitlichen Arbeitnehmerstatus, aber auch die Widerständigkeit des ‚Arbeiters‘ aufzeigen: 1968 schlug eine vom Bundesarbeitsministerium eingesetzte Expertenkommission die Fusion der Rentenversicherungen von Arbeitern und Angestellten vor. Der Vorschlag scheiterte. 1969 nahm sich der Gesetzgeber der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall an, und damit einer der Unwägbarkeiten des Arbeiterlebens, die nach wie vor das Proletarisierungsrisiko der Arbeiterschaft symbolisierten¹⁷³. Exemplarisch und nur sehr ausschnittsweise betrachte ich das Lohnfortzahlungsgesetz, da es die erhoffte vollständige Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten nicht verwirklichte. Dies wie auch die ausgebliebene Zusammenlegung der Rentenversicherungssysteme stabilisierten die rechtliche Kategorie ‚Arbeiter‘ für die nächsten Jahrzehnte. Ein Gegenbeispiel stellt die tarifvertragliche Einführung des einheitlichen Mitarbeiterstatus durch das Braunkohleunternehmen Rheinbraun dar, einer Tochter des RWE-Konzerns. Hieran lässt sich exemplarisch zeigen, welche Faktoren die Vereinheitlichung von ‚Arbeitern‘ und ‚Angestellten‘ begünstigten, und welchen Spielraum die Sozialpartner hierbei hatten.

Die Auswahl einer Fallstudie im Bereich der *Wissenschaft* gestaltete sich schwierig, erlebten doch sowohl die Industriesoziologie als auch die Arbeiterhistoriographie im Untersuchungszeitraum ihre Blütezeit. Dennoch habe ich mich für das vergleichsweise kleine „Forschungsinstitut für Arbeiterbildung“ (FIAB) in Recklinghausen entschieden. Mit der Bildungsproblematik rückte es ein Defizit in

173 Vgl. Michael Vester, Was wurde aus dem Proletariat? Das mehrfache Ende des Klassenkonflikts: Prognosen des sozialstrukturellen Wandels, in: Friedrichs/Lepsius/Mayer, Diagnosefähigkeit, S. 164–206, hier S. 202. Die zweite Unwägbarkeit lag im Risiko der Arbeitslosigkeit. Auch den Kündigungsschutz reformierte der Bundestag 1969, jedoch konnte ich dieses Thema aus Zeitgründen nicht mehr bearbeiten.

den Mittelpunkt, das in der öffentlichen Debatte als Bestimmungsmerkmal der ‚Arbeiter‘ umso wichtiger wurde, je mehr die traditionelle Abgrenzung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit an Überzeugungskraft verlor. Überdies war das FIAB ein Kooperationsprojekt zwischen der Ruhr-Universität Bochum, der IG Metall und dem Land Nordrhein-Westfalen. Diese Konstellation bietet die Möglichkeit zu untersuchen, ob sich die Ressource ‚Arbeiter‘ eignete, um eine Sozialisierung der Wissenschaft voranzutreiben.

Quellen

Ein sehr solides Fundament weist die Studie zum DGB auf, besonders für den Hauptuntersuchungszeitraum der Jahre 1970 bis 1990. Im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) in Bonn sichtete ich hierfür den Bestand der Abteilung Arbeiter-Handwerk sowie des Sekretariats Martin Heiß, ergänzt durch Recherchen in den DGB-Beständen der Abteilungen Organisation beziehungsweise Vorsitzender, im ÖTV-Bestand Vorstand sowie im Bestand der Abteilung Werbung des IG Metall-Vorstandes. Zudem konnte ich auf eine Vielzahl publizierter Quellen und Quelleneditionen zurückgreifen. Besonders wichtig, gerade für die Zeit zwischen 1945 und 1970, waren die Protokolle der DGB-Bundeskongresse sowie die vom DGB-Bundesvorstand herausgegebenen Geschäftsberichte. Hintergrundgespräche konnte ich mit der ehemaligen Leiterin der Abteilung Arbeiter-Handwerk des DGB, Irmgard Blätzel, sowie mit Rainer Neumeister von der IG Metall führen. Diese Gespräche waren aber nicht als Zeitzeugeninterviews konzipiert und flossen daher auch nicht unmittelbar in die Arbeit ein. Sie dienten mir zur allgemeinen Orientierung.

Das Magazin „Der Spiegel“ bot lange Zeit ein hervorragendes Online-Archiv, dessen Funktionen leider Schritt für Schritt eingeschränkt wurden. Diese Entwicklung beeinträchtigte das Ergebnis meiner Suche nach den Begriffen „Arbeiter*“ und „Arbeitnehmer*“ samt Komposita in Vorspann und Überschrift sämtlicher Artikel, die zwischen 1947 und 2010 in der Druckausgabe des Spiegels veröffentlicht wurden. Da im Online-Archiv nur eine Rechtstrunkierung möglich ist, lieferte die Suche nur solche Komposita automatisch, bei denen ‚Arbeiter‘ das Bestimmungswort (etwa ‚Arbeiterklasse‘) ist. Für die 1970er und 1980er Jahre dürfte dieses Sample nahezu vollständig sein. Lücken weist das Ergebnis für die übrigen Jahrgänge auf. Auch konnte ich wohl nicht alle Artikel ausfindig machen, bei denen ‚Arbeiter‘ das Grundwort eines Kompositums darstellt, zumal meine Suchliste nicht

den Anspruch auf Vollständigkeit hatte¹⁷⁴. Insgesamt kamen jedoch über 1300 Artikel zusammen, die ich qualitativ ausgewertet habe.

Als sehr schwierig stellte sich die Überlieferung zu Rheinbraun dar. Die Tarifverträge handelte für die Gewerkschaft der örtliche Bezirksvorstand aus, dessen Archivbestand wohl vernichtet wurde. Im Archiv im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets in Bochum (AHGR) fanden sich wie im Historischen Konzernarchiv RWE in Essen kaum einschlägige Unterlagen. Die geplante Fallstudie konnte daher nur in rudimentärer Weise verwirklicht werden. Für den Exkurs zum Lohnfortzahlungsgesetz stützte ich mich auf die einschlägige Gesetzesdokumentation des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestags, die Quellen für den Abschnitt zur gescheiterten Fusion der Rentenversicherungen entstammen dem AdsD in Bonn.

Für die Studie zu den Arbeiterfilmen konnte ich dankenswerterweise auf Unterlagen der Abteilung Spielfilm des WDR in Köln zurückgreifen, die noch nicht archiviert sind. Ergänzend zog ich Dokumente des Historischen Archivs der Sendeanstalt heran. Hilfreich war ferner die Pressedokumentation der Bibliothek der Deutschen Kinemathek in Berlin. In deren Archiv ermöglichte mir Werner Sudendorf Zugang zum völlig unerschlossenen Bestand der Basis-Film Verleih GmbH, den ich zum Teil sichten konnte. Die im dortigen Schriftgutarchiv bereits erschlossenen Bestände zu den Arbeiterfilmen erwiesen sich hingegen als wenig ertragreich.

Unterlagen zum Forschungsinstitut für Arbeiterbildung waren zum Zeitpunkt meiner Erhebung in den Archiven der ehemaligen Träger des FIAB überliefert. Zahlreiche Akten finden sich im Universitätsarchiv der Ruhr-Universität Bochum. Ergänzend zog ich Bestände des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland in Duisburg, des AHGR in Bochum sowie des AdsD in Bonn heran. Der Bestand im AHGR war zum Zeitpunkt meiner Quellenerhebung noch nicht erschlossen. Mit Prof. Dr. Bernd Faulenbach, der seit Gründung des FIAB dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig war, konnte ich zu Beginn meiner Recherche ein Hintergrundgespräch führen.

Aufbau des Buches

Wie schreibt man eigentlich eine Wissensgeschichte? Oder genauer: Wie stellt man sie dar? Immerhin, Sarasins Gedanken, der Spur des Wissens folgend zu untersuchen, wie es sich in einem spezifischen Feld für eine Weile verhält, dort anreichert und transformiert wird, um schließlich zum nächsten Feld weiterzuziehen, liegt die Vorstellung eines linearen zeitlichen Ablaufs zugrunde. Doch scheint dieser

174 Die Liste umfasste die Begriffe Bergarbeiter, Facharbeiter, Gastarbeiter, Hilfsarbeiter, Industriearbeiter, Mitarbeiter, Metallarbeiter, Stahlarbeiter, Zwangsarbeiter.

idealtypische Verlauf in der Realität selten zu sein, vor allem, wenn es sich um vergesellschaftetes, also weitverbreitetes Wissen handelt. Hier ist anzunehmen, dass sich das Wissen gleichzeitig in ganz unterschiedlichen Feldern verhakht, es dabei zu multiplen feldübergreifenden Austauschprozessen kommt, ohne dass diese sich immer eindeutig nachverfolgen lassen, und ohne dass jedes feldspezifisch angereicherte Wissen überhaupt notwendigerweise im selben oder einem anderen Feld fortgeschrieben werden muss. Die angemessene Darstellungsform einer solchen Konstellation wäre ein Hypertext, während ein gewöhnlicher Text an Grenzen stößt. Ein solcher lässt sich grundsätzlich auf zwei Weisen strukturieren. Will man die Erzählung nicht chronologisch ausrichten, bleibt die Möglichkeit, den Stoff nach bestimmten Kriterien, etwa den Feldern, zu systematisieren. Die letztgenannte Vorgehensweise böte die Möglichkeit, die feldspezifische Logik und Zeitlichkeit, die den Umgang mit der Kategorie ‚Arbeiter‘ beeinflussten, präzise erfassen zu können, wenn auch zum Preis einer größeren Anfälligkeit gegenüber Redundanzen.

In der vorliegenden Arbeit sprach allein schon das deutliche Ungleichgewicht, das zwischen den einzelnen Fallstudien herrscht, gegen diesen Ansatz. Vielmehr erschien eine pragmatische Kombination angezeigt. Während begriffsgeschichtliche Studien den Anfangs- und Schlusspunkt setzen, folgt der Haupterzählstrang der Chronologie der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit dem ‚Arbeiter‘ im Zeitraum von 1945 bis 1990. Dieser Strang lässt sich in vier Teile untergliedern. In jedem Teil wird die Gewerkschaftsstudie jeweils mit einer anderen Fallstudie thematisch ergänzt und kontrastiert. Die Anordnung dieser Fallstudien richtet sich nach dem Zeitpunkt des feldspezifischen Beginns der Auseinandersetzung mit dem ‚Arbeiter‘. Die Chronologie des Haupterzählstrangs wird hierdurch gewahrt, gebrochen wird sie erst dadurch, dass diese kleineren Fallstudien in Gänze behandelt werden, also bis zum Ende der Beschäftigung mit dem ‚Arbeiter‘.

Was bedeutet das konkret? Kapitel 2 ist der Begriffsgeschichte von ‚Arbeiter‘, ‚Arbeitnehmer‘ und ‚Arbeitnehmergesellschaft‘ gewidmet. Hier soll Verständnis für die Bedeutungsvielfalt des Arbeiterbegriffs geweckt werden, um den Blick für Alternativen jenseits des Narrativs des notwendigen Niedergangs der ‚Arbeiter‘ zu öffnen. Hinsichtlich des Arbeitnehmerbegriffs gilt es, den Ideologieverdacht, dem er ausgesetzt ist, kritisch zu hinterfragen.

Teil I steht unter der Überschrift „Das Ende am Anfang“ und behandelt die Zeitspanne von der Nachkriegszeit bis zum Ende der 1960er Jahre. Es war eine Zeit, in der der DGB wie selbstverständlich den Arbeiter- durch den Arbeitnehmerbegriff ersetzte. Weil der Dachverband aber gleichzeitig für Angestellte und Beamte eigene Personengruppen einrichtete und ihnen auch sprachlich eine Sonderstellung zuwies, fungierte der ‚Arbeiter‘ als latente Bedrohung für die ‚Arbeitnehmerpolitik‘ des DGB. Der Teil schließt mit einem Kapitel zur gescheiterten Fusion der Rentenversicherungsträger 1968, dem Lohnfortzahlungsgesetz von 1969 sowie dem Ab-

schluss eines einheitlichen Mitarbeitertarifvertrags bei Rheinbraun 1970. Dies soll klären, inwiefern die vom DGB mit dem Arbeitnehmerbegriff sprachlich vorweggenommene Vereinheitlichung von ‚Arbeitern‘ und ‚Angestellten‘ in unterschiedlichen Rechtsmaterien bereits Realität war, und was die Widerständigkeit des ‚Arbeiters‘ im Recht erklärte.

Der zweite Teil, „Die Wiederkehr des ‚Arbeiters‘ in den kurzen 1970er Jahren“, führt die Geschichte des DGB fort und beleuchtet die Zeit zwischen 1968 und 1980, in der sich der ‚Arbeiter‘ aus Sicht führender Gewerkschafter zur manifesten Gefahr für die Arbeitnehmerpolitik des DGB entwickelte. Neben den Gründen, die zur satzungsrechtlichen Verankerung der Personengruppe Arbeiter führten, stehen hier die Maßnahmen im Vordergrund, mit denen die DGB-Spitze die organisatorische Umsetzung der Arbeiterpolitik behinderte. Wie untypisch diese zögerliche Öffnung gegenüber den ‚Arbeitern‘ war, zeigt das anschließende Kapitel. Nicht nur die katholische Kirche, auch die sonst so zögerliche IG Metall und selbst die DAG wandten sich behutsam der Arbeiterthematik zu. Vor allem aber nutzten junge Filmschaffende die Gunst der Stunde, um mit großer materieller und ideeller Unterstützung das Genre des Arbeiterfilms zu begründen. Allerdings ließ dieser Arbeiterhype schnell nach, und so zeigt sich ein zweiter Aspekt, in dem der DGB untypisch war. Denn hier setzte die intensive und innovative Auseinandersetzung mit den ‚Arbeitern‘ erst gegen Ende der 1970er Jahre ein. Um diesen Sachverhalt zu erklären, widme ich mich zum Ausklang des Kapitels dem Umbruch im Ideenhaushalt der Zeitgenossen.

Der dritte Teil beschäftigt sich mit dem ‚Arbeiter‘ als Problem, wobei dies keineswegs negativ zu verstehen ist. Denn sowohl in der gewerkschaftlichen Arbeiterpolitik wie auch beim FIAB, die überraschenderweise keinerlei Notiz voneinander nahmen, zeichnete sich eine neue Herangehensweise ab: Durch die Problematisierung des ‚Arbeiters‘ sollte dessen epistemisches Potential entfaltet werden, um die wahrgenommenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandlungsprozesse verständlich und gesellschaftlich gestaltbar zu machen. In diesem Zusammenhang betrieb der DGB auf den Bundesarbeiterkonferenzen der Jahre 1981 und 1985 mit großem Aufwand und vergleichsweise großer öffentlicher Resonanz eine Singularisierung der ‚Arbeiter‘.

Der abschließende Teil trägt den Titel „Der Anfang vom Ende?“ und behandelt den Zeitraum zwischen 1985 und 2010. Mit Blick auf die gewerkschaftliche Arbeiterpolitik gilt es zu klären, warum sie unmittelbar nach Erreichen ihres Zenits innerhalb weniger Jahre aufgegeben wurde. Abschließend wird die Geschichte des Arbeiterbegriffs auf Grundlage des Spiegel-Samples weitergeführt. Nach 1990 dominierten hier Komposita, in denen ‚Arbeiter‘ als Grundwort fungiert. Drei der häufigsten dieser fraktalen Arbeiterbegriffe waren ‚Gastarbeiter‘, ‚Zwangsarbeiter‘ und ‚Mitarbeiter‘. Es ist zu diskutieren, wie sich dadurch der Arbeiterbegriff ver-

änderte, und ob sich der ‚Mitarbeiter‘ womöglich zum ‚Arbeiter‘ der globalisierten Welt des neuen Millenniums entwickelt hat.